

Ergebnis flüchtig
 und mit Ausnahme
 der Sonn- und Feiertage.

Abonnementpreis
 monatlich 60 Pf.
 vierteljährlich 1.60 Mk.
 jährlich 6.00 Mk. (incl. Post)
 Durch die Post bezogen
 1.00 Mk. zeh. Nachschuß.

Die Neue Welt
 (Nachrichtensblätter),
 durch die Post nicht bezogen,
 kostet monatlich 10 Pf.,
 vierteljährlich 30 Pf.

Stephan Nr. 1047.
 Verlagsgesellschaft
 Volkshalle Halle/Saale.

Volkshalle

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühren
 beträgt für die 6 gespaltene
 Petitzeile oder deren Raum
 50 Pfennig.
 Für ansonstige Anzeigen
 25 Pfennig.
 Im reaktionären Sinne
 kostet die Zeile 70 Pfennig.

Insertate
 für die 6te Spalte
 müssen (speziell bei
 Anzeigen) nach
 Redaktion anfragen
 sein.

Einlagen in die
 Postfretungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
 Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Harz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Zuchthausstaat.

Die Unternehmer rüsten die Zuchthausvorlage!

Preußen ist nicht nur ein Junkerstaat, sondern auch ein Staat der Industriearbeiter. Erben die Junker ihren Profit durch Lebensmittelpreise und Liebesgaben, die sie sich durch Forderung und Staatsgewalt zuschauen, so sichern die Industriearbeiter ihren Gewinn durch gesteigerte Ausbeutung und niedrige Löhne der Arbeiterklasse, die sie als Klasse durch Polizei und Justiz rechtlos machen lassen und niederhalten.

Wang besonders heftig entbrennen jetzt die Kämpfe um das einzig wertvolle und laugliche Recht der Arbeiterklasse, das Koalitionsrecht. Es ist durch die Reichsgesetzgebung den Arbeitern garantiert, aber wird ihnen einmal durch die Praxis der Unternehmer (erst Cuxer Verbandsbuch im Kentor abgeben, ehe ich Euch einstelle!) heftig bekümpft, zum zweiten durch die ungeschwehliche und brutale Praxis der Polizei und Justiz in der Ausübung beschnitten und dadurch schier wertlos gemacht. Bei jedem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Unternehmern und zwischen Arbeitern und Polizei dreht es sich letzten Endes immer um die Aufrechterhaltung des Koalitionsrechts, gleichviel ob das den Beteiligten im Augenblick nützt oder nicht.

Dies unvollkommene, verformte, gelähmte, gebeugte und getretene bühnen Koalitionsrecht sollte bekanntlich die beachtlichste der Zuchthausvorlage noch dadurch wütend undurchführbar machen, daß sie den Schutz der Arbeitswilligen mit Zuchthausparagrafen erzwängen wollte. Diese Zuchthausvorlage hatte Wilhelm II. allerhöchsterseits zweimal in seinen bräutigamlichen Neben angeblüht, und seine Regierung ging unter der Führung des Grafen Posadowsky zu den organisierten Unternehmern um Geld bettel, auf daß sie die Migration im Volke für diesen furchtbaren Gesetzesvorstoß betreiben konnte.

Die schwarzen Gruben- und Hüttenkönige, die Fabrik- und Industriemillionäre glaubten ihres Sieges sicher zu sein und spendeten - schädlich wie sie sind - lumpige 12 000 Mark. Mit diesem Bettel wurde das "Material" für die Zuchthausvorlage gesammelt, vorbereitet und freiert. Die gesammelten Räuber- geschäften über gewerkschaftlichen Terrorismus glihen im Grund und im Stille den jetzigen Reichsverbandserzählungen und waren so plump und falsch, daß sie keinen Hund vom Lein locken. Selbst der Reichstag der Kapitalisten verscharrte die Zuchthausvorlage in der schimpflichsten Weise, die je einer Regierungsvorlage dazwischen wurde.

Das war einmal!

Nur jetzt glauben die Unternehmer wieder Morgenluft zu wittern. Sie reiben sich die Hände vor Freude über die Polizei, die überall bei Arbeitskämpfen die Arbeiter in der furchtbaren Weise bedrückt und in Noosbit ihre Meisterstück liefert. Das ganze reaktionäre Gesindel von rechts und links hat sich verbunden in dem Schrei nach einem neuen Zuchthausgesetz. Die Industriearbeiter, die diese Stimmung mit barem Gelde durch ihre Presse erzeugen lassen, holen nun zum Schläge aus. Sie haben durch ihre Organisation die "Sammlung von Material" wieder aufgenommen und wollen die Gesetzgebung erneut zum Schutze der Streikbrecher in Bewegung setzen. Hier ist der Plan dafür: der beschäftigte Zentralverband Deutscher Industrieller hat an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben erlassen:

"Von unseren Mitgliedern und den der Hauptstelle Deutscher Arbeiterverbände" angefallenen Verbänden laufen fortgesetzt Klagen ein über die bei Streiks oder Ausperrungen von den Arbeitern mit dem Streikpostenfischen verbundenen Mißbräuche und Ausbreitungen. Durch diese sind die Streikposten zu der gefährlichsten und wirkungslossten Waffe der Arbeiter in ihren Kämpfen gegen die Arbeitgeber ausgebildet worden. Katästrophisch wird in nicht seltenen Fällen von den Streikposten gegen die nichtorganisierten und arbeitswilligen Arbeiter Drohung, Erberverlegung, sogar Körperliche Zwang ausgeübt. Dagegen vorgzugehen, ist nach Lage der gegenwärtigen Verhältnisse und der diesen von den obersten Gerichten gegebenen Auslegung meistens unmöglich. Allgemeine politische Anordnungen, durch die dem mit dem Streikpostenfischen verbundenen Unwesen in diesen Fällen wirkungslos entgegengetreten werden könnte, sind entweder gar nicht oder nur ganz ungenügend (?) erlassen worden. Infolge dieser Klagen neueren Zustände ist das Direktorium des Zentralverbandes aus den Kreisen der Mitglieder dringend aufgefordert worden, Schritte zur Befreiung der mit dem Streikpostenfischen verbundenen Mißbräuche zu tun. In seiner Sitzung am 12. und 13. September hat das Direktorium beschlossen, dieser Aufforderung

nach zu kommen. Es erachtet, daß durch geeignete Bestimmungen in dem in Vorbereitung befindlichen neuen Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch dem Unwesen beim Streikpostenfischen gesteuert werden könnte und wird einen dahingehenden Antrag den zuständigen Reichsbehörden unterbreiten. Vor Feststellung der im einzelnen zu treffenden Maßnahmen ist es jedoch für wünschenswert erachtet worden, an die Mitglieder des Zentralverbandes das Ersuchen zu richten, als weiteres Material für die Begründung des Antrages der Geschäftsführung genaue Angaben über einzelne Fälle von Mißbrauch und Ausbreitungen beim Streikpostenfischen mitzuteilen. Infolge dieses Beschlusses rüsten wir nicht nur die Einzelmitglieder, sondern ganz besonders an die dem Zentralverbande Deutsche Arbeitgeberverbände angehörenden Vereine usw. und Arbeitgeberverbände die dringende Bitte, wegen Beschaffung des erwähnten Materials ohne Zeitverlust eine Umfrage bei ihren Mitgliedern zu veranstalten und uns das Ergebnis bis spätestens den 1. November d. J. zugehen zu lassen."

Das Schreiben zeigt, daß die Unternehmer selbst heftig vorgehen, um der Regierung das fertige "Material" präsentieren zu können. Die Arbeiter mögen zur Wehr rüsten, denn wie ihre Kämpfe von Unternehmern, Polizei und Presse dargestellt werden, wissen sie aus Erfahrung. Es gibt keine Hilfe und keine Niedertracht, die nicht schon gegen die organisierten Arbeiter zugunsten der verkommenen Garde der Streikbrecher in die Welt gesetzt worden wäre. Also: auch sie mögen Material sammeln, um dem Feldzuge begegnen zu können.

Sie mögen aber auch auf Propagandaaktionen achten, die durch Streikbrecher oder sonstige Elemente und Lockpöbel versucht werden. Die die Streikbrecher in diesem Sinne dienend gemacht werden sollen, haben ja die Geschäftspraktiken des Streikbrecheragenten Friedrich Hingke deutlich genug gezeigt. Die "Ordnung", das heißt die kapitalistische Ausbeuterordnung, wird mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten versucht.

Dazu kommt, daß auch die Verbände und die Justiz die polizeilichen Ausbreitungen bei Unterdrückung der Arbeitskämpfe immer wieder im mildesten Lichte ansehen und die "Autorität" schützen. Sogar "nationale" Organe müssen jetzt anerkennen, daß das im Volke aufsteigend wirkt und nicht weitergetrieben werden dürfe. Die halbhoftizöse Kölnische Zeitung sagt z. B. darüber in einem Leitartikel:

Die Weigerung des Berliner Polizeipräsidenten, den Beamten zu bekräften, den das Einhalten auf die ausländischen Journalisten veranlaßt hat, ist charakteristisch für die bei und vorhandene Auffassung über die Grenzen polizeilichen Rechts und Unrechts. Sie ist denselben Gedankenangens entsprungen, der die Gaarbrüder Strafammer veranlaßt, von Gefängnisstrafen für fünf der schwersten Unmitschbrüche abzugehen. Es ist gewiß nichts dagegen zu sagen, wenn eine vorgelegte Weisung ihre Organe so lange zu befehlen läßt, wie es möglich ist und wenn die Gerichte sie darin unterstützen. Aber diese Befehle darf nicht mit einer Weisung verbundenen Unrechts und nackter Gewalttatigkeit gemein haben. Kein Gericht, das sich von diesem Gedankenangens bestimmen läßt, kann verhindern, daß sich in weiten Volksteilen die Meinung festsetzt, gegen polizeiliche Willkür gibt es keinen Schutz. Denn wenn die Polizeibeamten als Zeugen ausfallen, so glaubt man ihnen alles, und auf die Aussagen der Zivilisten wird nicht halb so viel Wert gelegt. ... So denken manche von uns. Man will natürlich mit solchen Mitteln das Staatswohl fördern, aber man erreicht das Gegenteil.

Das ist eine bezeichnende Stimme, die freilich an den Tatsachen und ihrer Weiterentwicklung nichts ändern wird. Zur Aufrechterhaltung einer Ordnung, die die große Masse des Volkes anquämen einer beständigen Minderheit unterdrückt, muß man eben dieses System treiben. Die Organe der Staatsgewalt müssen als "Autorität" geschützt werden, sonst verfallen sie bald und die Arbeiterklasse gewinnt Macht.

Aber gerade weil die Arbeiterklasse erkannt hat, daß die Weisungen ihrer Unterdrückung zum Schutze gehören, deshalb beschließt sie diese "Ordnung" als Ganzes und grundständig.

Der Feldzug der Unternehmer für neue Zuchthausbestimmungen härt die ernste Lage vollends. Die Arbeiter werden ebenfalls rüsten, ihre Organisationen ausbauen und den Kampf so zu steigern suchen, daß er bald einmal um's Ganze geht!

Der Schrei nach dem Staatsanwalt.

Ans Berlin berichtet man uns:
 Am Morgen des letzten Demonstrationstages wurde in Groß-Berlin ein von Gen. Eugen Ernst verantwortliches gezeichnetes Flugblatt verbreitet, das die Arbeiterpolizisten in das richtige Licht stellte und eine treffende Kritik der wüsten Schamacherherge enthielt, die jenen Vorgängen gefolgt war.

Dieses Flugblatt ist den konservativen Reichstagen berart auf die Nerven gefallen, daß sie (wie wir schon gestern mitteilten, Red.) schon am Montag früh in ihrem neu beschriebenen reaktionären Montagabblättern die Nachkritik ausbreiteten, daß gegen den Herausgeber des Flugblatts Anklage erhoben werden soll. Daß hier der Wunsch der Vater des Gedanken war, wird jetzt zum Überflusse von der Deutschen Tageszeitung bestätigt, die schreibt:

Das Flugblatt ist uns von verschiedenen Seiten angelandt worden mit der Bitte, das Nachwort gebührend zu kommentieren. Ein Landgerichtsdirektor schreibt uns, daß die Zudlung der Verteilung solcher Nachworte zu den vielen Unberechtlichkeiten unserer Zeit gäbe. Daß ist völlig richtig. Was hilft aber schließlich die noch so schnelle Reue, wenn gegen solche Volkserziehung und Volkserhebung nichts geschieht. Man fordert uns auf, den Staatsanwalt anzusprechen. Das ist nicht unserm Amte. Der Staatsanwalt hat einzuschreiten, wenn die Gesetze verletzt werden. Liegt in solcher Aufhebung keine Gesetzesverletzung, dann müssen die Gesetze geändert oder verächtlich werden.

Wider Willen leuchtet die Deutsche Tageszeitung recht tief in die Hintergründe der preußischen Justizverhältnisse hinein. Es dürfte doch kaum in einem anderen Lande der Welt möglich sein, das heutzutage herrschende Rechtssystem auf dem Umwege einer reaktionären Justizreform die den Staatsanwalt gegen politische Gegner schärfst machen zu verurteilen. Ein Reich, das sich von blühender Parteilichkeit zu solchen unwürdigen Manövern verhalten läßt, gehört nicht auf den Richterstuhl. Mit welchen Gefühlen muß doch in Zukunft ein sozialdemokratischer Arbeiter in Berlin vor die Richter treten, wenn er denkt, daß vielleicht gerade sein Verfechter es war, der die Redaktion der Deutschen Tageszeitung mit seinen aufbegehrenden Zuschriften beglückt hat. Und wie, wenn der Landgerichtsdirektor durch den vermittelnden Einfluß der Deutschen Tageszeitung seinen Willen bekommt und Genosse Ernst angeklagt wird, wenn dann Ernst gerade vor diesen Mann in ein Verhör genommen wird, wenn dann die Staatsanwaltschaft gegen ihn ein Verhör führt, wenn dann die Richter über die Angelegenheit entscheiden? Oder würde er, der doch der eigentliche Ankläger ist, nun auch noch den Richter spielen wollen? Wahrscheinlich, an Unberechtlichkeiten unserer Zeit fehlt es nicht, aber manche von ihnen sind begreiflich, wenn sich ein Satz und Schriftmachergeschäft der Deutschen Tageszeitung auf hohe Justizbeamte als Hintermänner und Antreiber berufen kann!

Zur Landtagsauflösung in Finnland.

Der finnische Landtag ist laut Jaremas aufgelöst und die Verhandlungen für den Januar 1911 abbestimmt worden. Vorläufig sind die Vorlagen, deren Beratung in Anbetracht ihrer verfassungswidrigen Einbringung vom Landtag verweigert wurde, vom Ministerpräsidenten Stolppin auf Grund des Erbrechtsgesetzes vom 30. Juni d. J. in der Reichsduma eingebracht worden.

Dieser Schritt der russischen Regierung bedeutet eine vorläufige Vertagung der Entscheidung in der finnischen Frage. Der Zar und seine Minister haben es denn doch nicht gewagt, den Ratsschlüssen der schristlichen Schamacher zu folgen, die Verfassung sofort vollständig außer Kraft zu legen und den Verfassungszustand in Finnland zu proklamieren. Die Zinnehaltung der verfassungsmäßigen Verfassungen bei der Auflösung des Landtages bedeutet aber keineswegs, daß der Zar die Verfassung revidiert und von seiner Erbrechtspolitik Abstand genommen hat. General Vorobin, der spiritus rector der finnlandpolitischen Aktion II., hat nach dieser Lage erklärt, daß es jetzt keine Abweichungen in der finnlandpolitischen geben und das "allgemein finnische" Gesetz mit der größten Energie in die Praxis umgesetzt werden wird. Der jetzt gewählte Weg entspricht vollkommen der raffinierten Politik der Weisheitsbürger Gewalttäter, die schließlich die finnische Verfassung revidieren, jetzt das vierte mal in vier Jahren den finnischen Landtag auflösen, weil er sich der Gewaltpolitik der russischen Regierung nicht unterwirft. Er entspricht aber auch zugleich dem von den Aktionären verteilten Vorhaben, die finnische Bevölkerung durch eine Verfassungsrevolution in drei Etappen den zu spalten und sich auf die gemäßigtere der finnischen bürgerlichen Parteien zu Kompromissen genötigt wären, wenn die verfassungsmäßige Form eingehalten würde, so versucht es die Regierung des Zaren mit ihrer beliebten Taktik des "divide et impera", um letzten Endes beide Teile auf das gemeinsame zu pressen.

Die Verhältnisse der Landtagsauflösung lassen aber auch noch eine andere Seite der Regierungspolitik deutlich hervor treten. Die halbhoftizöse Novoje Wremja plauderte vor kurzem den Plan der Regierung aus, den finnischen Landtag nicht zu berufen, sondern ihn durch Entziehung jeder gesetzlichen Arbeit zu einem langweiligen Zebe zu vereiteln. Dieser Plan für eine solche Taktik bietet das beachtliche "allgemein finnische" Gesetz vom 30. Juni die vortreffliche Grundlage. Es genügt wohl, daß die russische Regierung sämtliche Fragen der finnischen Gesetzgebung und Verwaltung als "allgemein finnische" Angelegenheiten erklärt und in Petersburg zur Entscheidung bringt, um den finnischen Landtag zu einer wert- und nutzlosen Detonation herabzuwürdigen. Diesmal hat der Landtag, streng auf gesetzlichem



Erhalten. Neben der Beratung der verfassungsmäßigen Vorlagen des russischen Ministerates abgelehnt. Da aber eine solche Möglichkeit bereits im Erdrosselungsgebot vom 30. Juni vorgelegen war, so werden auch diese Vorlagen ohne weiteres in Petersburg mit angenehmer Gewalt entchieden werden, denn die Duma des Reiches wird es sich sicher nicht nehmen lassen, das Schicksal zu lenken, das sie durch Annahme des Gesetzes vom 30. Juni eingeleitet hat.

Das letzte Stadium der finnlandischen Angelegenheiten zeigt, wie verfrüht die Hoffnungen der estnischen und ostbaltischen Reuepolitiker waren, das kleine Finnland in einem e. S. Laque zu erobern. Ebenso wie zurzeit des Diktators Borislow, zeigt Finnland schon jetzt, daß es sich nicht so leicht vom russischen Joch befreien wird. Durch das allgemeine Wahlrecht zum regen politischen Leben ertragen, und durch die politischen Parteien, vor allem durch die Sozialdemokratie für mannhaft Kämpfe geküht, tritt das finnische Volk geschlossen den Petersburgern Eroberern entgegen und zwingt selbst diejenigen kaiserlichen Politiker, die mit Stolypin partiierten möchten, gleichen Schritt mit ihm zu halten, wenn sie nicht jeden politischen Einfluß verlieren wollen. Ein zweiter wichtiger Faktor, der die Hauptpolitik der russischen Regierung aufhält, ist, wie paradox das auch klingen mag, die Duma. Es ist wahr, die dritte Duma hat bei der Vermittlung der finnischen Verfassung die schämlichste Handlungsweise geleistet und der Regierung in dieser finstros-brutalen Kampagne den Rücken gekehrt, aber schon die Notwendigkeit, sich in der Duma mit der Opposition auseinanderzusetzen und die räuberischen Pläne der Reaktion der ganzen Welt zu offenbaren, zwingt die Regierung, jetzt eine weit vorzüglichere, der richtigeren Linie zutreffender zu beobachten, als zur Zeit Borislows. Infolge dessen ist in der Duma werden auch jetzt, wie bei der Beratung der ersten Finnlandverträge, auf dem Boden der Einheit und der Regierung des Sieges total wie möglich erwirkend.

Auch unsere finnischen Genossen werden in den folgenden Monaten ihre Arbeit tun. Trotzdem sich in den breiten Schichten der Bevölkerung eine gewisse Wahlmüdigkeit zeigt, werden sie die anbrechende Wahltagation benutzen, um für ihre Ideen Propaganda zu machen, die Neben ihrer Anbänger zusammenzuführen und die bürgerlichen Parteien zu entschlossenem, mannhaftem Vorgehen anzureizen. Die Ergebnisse der bevorstehenden Wahlen zeigen, daß die Sozialdemokratie mit guten Erwartungen in den Kampf ziehen kann. Seit den ersten Wahlen auf Grund des neuen Wahlsystems im Jahre 1907, wo die Sozialdemokratie im ersten Anlauf 80 Mandate (von insgesamt 200) erlangt, steigerte sich diese Zahl 1908 auf 83, 1909 auf 84, 1910 auf 86 Mandate. Diese unaufhaltsame stetige Fortbewegung legt Zeugnis davon ab, daß die Sozialdemokratie feste Wurzeln in Finnland geschlagen hat und eine Machtstellung einnimmt, die ihr weder die raffinierten Verschleppungsmittel, noch die Gewaltmaßregeln der Regierung und der herrschenden Klassen tauben können.

Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 12. Oktober 1910.

Die Partei des „kleineren Lebens“.

Die neue sogenannte fortschrittliche Volkspartei existiert bekanntlich im Parlamente nur dadurch, daß ihre bisherigen drei freisinnigen Parteien bei den Stimmabgaben von rechts und von links unter sich wandern. Seitdem der Freisinn von seiner früheren glänzenden Wadl herabgestürzt, ist er zur Partei des kleineren Lebens geworden. Die Konservativen und Nationalliberalen unterziehen ihn bei Stimmabgaben gegen die Sozialdemokratie, weil er ihr gegenüber als kleineres Leben erscheint. Und die Sozialdemokraten halten in dieser Kampagne den die äußerste Reaktion bisher das gleiche, weil ein Drittinger gegenüber einem eckigen Quinter ebenfalls als das kleinere Leben erscheint.

Als aber der Freisinn mit den Quanten 1906-07 den verächtlichen Inferioritätsliberalen Wadl einbrachte, war die Sache dringlich, denn damit war der Freisinn zum gleich großen „Nebel“ für die Arbeiterklasse geworden. Wie sich nun wieder das Verhältnis seit dem Wadlwechsel entwickelt wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls muß die Partei des kleineren Lebens immer bemüht bleiben, nach beiden Seiten als das „kleinere“ zu gelten, sonst wird sie zerrieben, da sie aus eigener Kraft nicht mehr bestehen kann.

Der nationalsozialistische Faktor und fortschrittliche Abgeordnete Raumann tritt bisher als sein Lieblingskandidat vor den

Wählern. Wadl von Debelitz-Baermann. Erst dieser Tage hat er im Berliner Tageblatt wieder einen Artikel darüber veröffentlicht. Darauf kann sich aber der Freisinn nicht einlassen, weil er es dann mit den Jüngern auch für die Stimmabgaben bedorben hätte. Die Freisinnigen Groß-Berlins hielten am Sonntag einen Parteitag ab, auf dem von den einzelnen Mann an 8 Stunden scharf beurteilt wurde. Bei dieser Gelegenheit ist auch die Frage der Stimmabgabe angemessen worden und da war es gerade der Abg. Raumann, der den Standpunkt vertrat, daß eine allgemeine Stimmabgabe nicht gefordert werden könne. Herr Raumann verhielt sich bei dieser verächtlichen Liebeserklärung an die Reaktion hinter dem rein formalen Einwand, daß es Sache der Organisation der einzelnen Wahlkreise sei, bei einer Stimmabgabe die Entscheidung zu treffen.

Es ist erfreulich, daß Herr Raumann endlich begreift, daß die Fortschrittler mit rechts und mit links partieren müssen, um noch ein paar Mandate zu gewinnen. Klarer dieser erbärmliche Spießhakencharakter des „Fortschritts“ in Erscheinung tritt, um so eher wird die große Verächtlichkeit zwischen beiden Wählkreisen zu werden. Wie begriffen daher die „Altenzeitler“ der Freisinnigkeit und freuen uns auf die Wahlen.

Die „Krawalle“ in Rensfeld.

Die bürgerliche Presse hat am Dienstag Mäusergeheulen aus Rensfeld berichtet. Man behauptet, daß im Anschluß an Versammlungen Tumulte entstanden seien, daß die Polizei mit Steinen beworfen wurde und daß sich der Kampf bis in die frühen Morgenstunden hinein fortgesetzt habe. In Wirklichkeit haben in Rensfeld fünf Volksversammlungen stattgefunden, die sich mit dem Zwangsarbeitsnachweis der Unternehmer beschäftigten. Die Lokale erwiesen sich als viel zu klein, so daß Tausende auf den Straßen stehen bleiben mußten. Demonstrationen waren nicht geplant. Einige junge Leute beruhten die in der Nähe stehenden älteren Leute an, auf die eingeschlagen wurden. Verschiedene Personen, auch Frauen und Kinder, der hunderttausend, oder gar bis in die Morgenstunden gedauert haben soll, kann nicht entfernt die Rede sein, jedenfalls nach weder die Partei noch die Gewerkschaften in den Vorkommnissen in Verbindung gebracht werden.

Deutsches Reich.

Der Sonntag als Wahltag. Auf Anregung aus Stadtverordnetenkreisen werden die beziehigen Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M. an einem Sonntag, und zwar am 13. November, stattfinden. Es ist dies das erste Mal, daß in einer Großstadt eine derartige Wahl auf einen Sonntag verlegt wird.

Die Sozialdemokratie fordert bekanntlich in ihrem Programm: Vornahme aller Wahlen an gesetzlichen Ruhetagen, auf daß die Arbeiter sicher ihr Wahlrecht ausüben können.

An der Erziehung der schwarzen Arbeiter beim Wohnbau-Bund-Karlsruhe, teilt jetzt die Deutsche Kolonialzeitung mit, daß sich unter den Transplantationen die sogenannte äthiopische Bewegung regte. Es seien ähnliche Regungen mit religiöser Einschlag, wie sie in letzter Zeit in verschiedenen Kolonien anderer Völker sich gleichfalls bemerkbar machten. Das berichtet aber doch die Schutztruppe nicht, die Schwarzen einfach niederzuschlagen.

Geld, Geld für die Wahlen! Der Hanfband kündigt an, daß er dieser Tage einen Aufruf zur Sammlung eines Wahlfonds veröffentlicht werden.

Kaulz rücht den Vrat. Für den Wahlkreis Potsdam-Spandau-Schlabelland haben die Konservativen den Rechtsanwalt Lüdicke-Spannan aufgestellt. Seitheriger Vertreter des Kreises ist der bekannte Juncker Paul-Poedam, der eine Kandidatur nicht mehr annahm, in der sicheren Voraussetzung, daß dieser Wahlkreis bei den kommenden Reichstagswahlen von der Sozialdemokratie erobert wird. Sozialdemokratischer Kandidat ist Genosse Dr. Liebschicht.

Luftharbeitssteuer für einen wissenschaftlichen Vortrag. Für einen Vortrag mit Lichtbildern über Gewerbliche Krankheiten und Unfälle, den der Metallarbeiterverband in Essen im städtischen Saalbau veranstaltet, wurden demselben 100 Mark Luftharbeitssteuer abgenommen. Klimmbereine be-

kommen den Saal gratis, Gewerkschaften zahlen viele Luftharbeitssteuer, wie für ein Arnebalstreiben. Hauptfrage ist, daß man die Arbeiterbewegung schrittweise in den öffentlichen Gehalt, der Staltpolitikung zu Gemüte zu führen, daß wissenschaftliche Vorträge keine „Luftharbeitssteuer“ sind.

Täglich russische Freiheiten. Der Wallon Elbe, der in Nizza an dem Bettliegen teilnahm, das anlässlich der letzten Luftschiffahrt veranstaltet wurde, landete glatt bei Wien in Buchlau. Die Insassen, Tabakreicher Reiter aus Hohenheim und Kaufmann Fritz Vertzau aus Ghent, wurden gefangen genommen und nach Mladalowitz, Gouvernement Miele, gebracht, obwohl beide Herren mit russischen Pässen ausgerüstet waren und sich legitimieren konnten. Die deutsche Regierung läßt Wärdern die Hand.

Antifeminismus gegen das Reichstagswahlrecht. Die Deutsche Reform in Dresden, ein Blatt, das an Stelle der früher von verstorbenen antifeministischen Abg. Zimmermann geleiteten Deutschen Wadl erscheint, wendet sich in seiner Nummer vom 9. Oktober gegen das gleiche Reichstagswahlrecht. Ein Wahlrecht gebühre nur dem Familienoberhaupt oder solchen ledigen Staatsbürgern, die ihrem Alter oder ihrer besonderen Existenz nach ihrer eigenen Tätigkeit sich gleicher Bewertung „würdig“ erwiesen, wie die Familienoberhäupter. Wenn dem anderen das Wahlrecht genommen werde, könne von Entziehung irgend welcher Art nicht die Rede sein. Nicht ein geringes Ansehen, sondern eine Verächtlichkeit des Wadls zeugt aus diejenigen Leute, die ein natürliches Interesse an der Entwicklung des Volkes und Staates haben, sei notwendig. Das „natürliche Interesse“ ist das Selbstinteresse der Wählenden.

Oesterreich-Ungarn.

Die Bauernunruhen in Bosnien. Die direkte Folge ständischer Unterlassungsgeboten der Regierung, als die Sozialdemokraten in österreichischen Parlamenten und in der Delegation in Wien befreit werden, verurteilt man die Forderung, die bekanntlich nur mit fünf Stimmen der zu Ministern ernannten Abgeordneten abgelehnt wurde, als Obstruktion. Nun zeigt sich der Erfolg. Die Anketen, die Weniger des dem mohammedanischen Grundbesitzer (Wegs, Aqas) gehörenden Wobens, die ein Zehntel ihrer Ernte dem Staat, ein Drittel aber, die Trellin, bei Neu und Ake aber noch mehr, dem Grundbesitzer abliefern müssen, demonstrieren zu Tausenden gegen diese feudale Abgabe, den Hof, und verzweifeln sie. Mit Waffengewalt wird von den Gendarmen der Waderganz von den Anketen erpresst. Die Unruhen sind in Serbien längst durchgeführte obligatorischen Grundbesitzer aus Staatsmacht, die den freimittigen Kostan mit Hilfe einer kapitalistischen Bank brachte. Die Bewegung greift rasch um sich, große Truppenmassen werden zusammengezogen.

Finnland.

Der Vorwärts und der Wadl Jakob verboten. Aus Seltzingers brachten wir bereits die Mitteilung, daß der Berliner Vorwärts wegen eines finnische Frage betreffenden Artikels in Seltzingers konfiszirt wurde, wobei selbst in einigen Reaktionen Hausdurchsuchungen angestellt wurden. Nun hat der finnische Wadl-Gendarm, Herr Kanninen, die Einfuhr des Vorwärts, wie auch des Wadl Jakob, verboten. Ohne Zulassung eines Wadls abzuwarten, schrieb dieser Herr der finnischen Zoll- und Postverwaltung vor, die genannten Wadls nicht mehr in Finnland einzuführen. Er fügte sich bei dieser vollkommen ungeschicklichen Verfügung auf die Tatsache, daß der Vorwärts und der Wadl Jakob in - Ausland verboten sind. Unklar ist die finnische Verfassung, aus welcher Grund das inländische Wadlverbot ungeschicklich ist, wenn der finnische Wadl gewisse Freiheiten genießt, d. h. auch die Freiheit zu lesen, was eben beliebt, auch dieser „konstitutionelle“ Wadl sich schon bei der Petersburger Regierung anzubieten, indem er der letzteren bei den Unterdrückungen des freien Wortes die schändlichsten Zustände vorführt.

Frankreich.

Gegen die Lebensmittelerhöhung. Genossenschaftliche Partei einen Aufruf. Sie fordert die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Getreide. Wie uns, die Anwendung der Geleise gegen Warenverkehr, vorläufiges Verbot der Fischzucht und Wahrung der Preise für unbedingt notwendig.

11] **Kraft.** (Wadl verbr.)

Roman von Fritz Mauthner.

„Mein Wolfgang, das sind unbedelste Späße. Dein Vater hätte gelacht.“

„Sei still, hätte mein guter Vater gesagt. Zu einem von uns, mein Zante, zu mir! Ich wollte dir auch nur die Geschichte von dem silbernen Wein ins Gedächtnis zurückrufen. Solche Scherze, von Tenius, hat Zante geliebt wie wir noch keine Kinder waren. Sie war damals schon unsere Stillschante; und die Geschichte vom silbernen Wein war unser Sonntagsspaß. Wir leseten uns dann um die herum in ein dunkles Zimmer, und sie begann. „Was hat er, Zante, ob ich auch nur eine Silbe vergessen habe. Und mit solcher Grabesstimme hat sie es immer erzählt. Es war einmal ein Mann, der verlor ein Bein, und da ließ er sich von einem Goldschmied ein silbernes machen und setzte noch ein Jahr mit seinem silbernen Bein. Dann aber hörte er, und seine Wunde begrub ihn in der Abenarrat. Als er aber ein Jahr in der Abenarrat gelegen hatte, sagte ihm die geizige Witwe, es sei doch schade um das silberne Bein. Und sie ließ den Goldschmied kommen und das silberne Bein aus der Abenarrat holen. Er sollte es einräumen und aus dem Metall ein silbernes Mittelnachen. In der Nacht nach diesem Frevol wandte die Witwe zum Mitternacht auf. Vor ihrer Schlafzimmertür raffelte es und kitzte und schobte es, und es schlich herein, und ein lauter Windhauch fuhr ihr über die Augen, und eine tiefe Stimme sprach: Mein Wein, mein Wein, mein silbernes Bein. Drei Nächte nacheinander kam das Gespenst und forderte mit denselben Worten: Mein Wein, mein Wein, mein silbernes Bein. Da konnte es die geizige Witwe nicht länger aushalten. Sie schickte zum Goldschmied, und der baute das silberne Bein glücklicherweise noch nicht eingeschmolzen. In der vierten Nacht nach dem silbernen Bein unter ihre Stühle und gitterte in Todesangst und konnte nicht einschlafen. Aber um Mitternacht raffelte es draußen und kitzte und schobte, und das Gespenst kam herein und ein lauter Luftzug fuhr über die Augen der Witwe und eine furchtbare Stimme löbte ihr in die Ohren: Mein Wein, mein Wein, mein silbernes Bein.“

„Da hast du es!“

„Da wirst du hast du es!“ Irreißte Offenstorf mit so gellender Brautstimme, daß auch die Herren zusammenfahren, und die Stillschante vor Schreden die Augen schloß.

„Es ist auch gewaltig. Hundertmal hat man's erzählt, und

es ist doch gewaltig. Besonders wenn man bedenkt, daß hier in unserer Nähe ...“

Sie wendeten auf. Von der Straße her vernahm man erst von weitem dann immer näher drei verschiedene heisere Stimmen:

„Extrablatt, das neueste Extrablatt. Ausführliche Beschreibung und Lebenslauf des Mörders von Westend. Extrablatt. Das neueste Extrablatt.“

Offenstorf schickte Franz hinaus eine Nummer holen.

„Für mich auch eine“, rief die assistante. „Das Blatt ist in Berlin vielleicht nicht zu haben, und da will ich es für mein Wädchen mitbringen.“

Der Diener brachte die beiden Wälder herein. Sie waren feucht und rochen nach Zunderwürmern. Die Stillschante steckte ihr Exemplar in die Tasche, während Offenstorf rasch einen Wadl ins Auge warf.

„Und diesmal nichts! Ich habe es von den Nichtigten hatte. Kom, merckdich. Ich hätte doch darauf geschworen, daß man nicht irrt.“

„Nun! Ich hab' den Tenius nach dem Wadl.“

„Nun!“ laut Offenstorf, in großen Augenblinden wird die Zeitung öffentlich vorgelesen. Seit euch, ihr armen, die Wadl nimmt dir eine frische Zigarette, und ich will vorkommen. Ich habe nämlich von solchen Brautleistungen unserer Journalistik einen doppelten Genuß. Erstens interessiert mich der Inhalt, wie ich euerlich getrieben wird, nicht weniger als die liebe Zante, und zweitens genieße ich die Reporterstilübungen. Also Ruhe!“

Der Wadler ist verheiratet. Endlich ist es den raitösen Vermählungen höherer Volksschichten durch eine der glänzendsten Kombinationen gelungen, auf die Spur des wahren Mörders zu kommen. Die Untersuchung wurde mit aller Emsigkeit geführt, und in derselben Stunde als die Witwe aller Beweise ohne jede Kunde ineberrückblieb, fiel auch das Red der Sicherheitsorgane unter dem ahnungslosen Verbrecher zusammen. Der Wadler ist verheiratet, und unsere Mitbürger können ruhig schlafen. Am Grunde vor den Freunden der Natur nun wieder totalen den Kon ammen, und die geliebtesten Sängere brauchen nicht mehr zu fürchten, daß Wadl den Frieden des Sommers brechen werde. Schon am Freitag - Hören Sie nicht, von Tenius, wie da eine andere Rede einsetzt? Die Einleitung war von einem positiven Reporter; jetzt kommt das Atensmaterial, das ein Wadlmeister gefammelt hat. Ich sage ja, unser Wadlmeister hat sehr schön weiter. Zante! - Schon am Freitag bestand sich die Polizei im Feuille wichtiger Nachrichten. Zepren hatte die Gewohnheit, kein Portemonnaie bei sich zu tragen. Sein Kleingeld hiedte in der Westentasche, das übrig

in der Westentasche. Etwas Kleingeld hatte man noch bei ihm gefunden, die Nachheren nach dem Portemonnaie konnten also ausgegeben werden. Dagegen meldete sich der Wadler nach A. Siebenstil, Potsdamerstraße 26, und befandete, daß Zepren seit einem halben Jahre eine wertvolle Damentasche in seinem Hause verbergen würde. Eine Erinnerung wurde ihm die Uhr unter dem goldenen Haken, der aus kleinen Diamanten das Monogramm E. W. führte. Zepren hatte dieses Hebräen kurz vor Westend nach Reparatur gegeben und nach Neuzeit abgeholt. Er habe für die Reparatur 20 Mark bezahlt. Dieses Hebräen nun war bei der Versteigerung nicht gefunden worden. Es galt nun die goldene Damentasche mit dem Monogramm E. W. zu entdecken. Ein glücklicher Umstand kam der fieberhaft arbeitenden Organen der öffentlichen Sicherheit zur Hilfe. Bei einer Schlägerei zwischen betrunkenen politischen Arbeitern wurde ein Mann namens Johann Wadler verhaftet, in dessen Taschen sich ein Wadl mit vollständigem Inhalt vorfand. Die glückliche Kombination landete sofort im Straß der zufälligen Verhaftungsmittler auf. Gestern abend machte er sich auf die Suche des Handweibers. Wer befreitete seine Untertage, als er die geizige Witwe vorfand, und der beirührte Handweiber über auf Franzens Tücheln eingeklinkt, ein polnischer Arbeiter habe das Wadl in die Tasche mit vollständigem Inhalt hineingebracht. Da Wadler bereits in Haft genommen war, konnte der Polizeikommissar ganz gemächlich zum Unterjüngersrichter gehen und ihm die Sache mitteilen. Heute früh ist mit Wadler das erste Verhör aufgenommen worden. Er glaubte anfangs, es handle sich nur um die Schlägerei, und machte die wichtige Angelegenheit nicht weiter an. Er wurde unter die Augen gehalten, und von diesem Augenblick an verfrüht er sich in ein Labyrinth von Lügen. Zepren wollte er die Uhr auf der Kanthstraße bei Friedmann gefunden haben. Dann nahm er die falsche Aussage zurück und betete sich mit dem berühmten Lügner zusammen, und in derselben Stunde als die Witwe aller Beweise ohne jede Kunde ineberrückblieb, fiel auch das Red der Sicherheitsorgane unter dem ahnungslosen Verbrecher zusammen. Der Wadler ist verheiratet, und unsere Mitbürger können ruhig schlafen. Am Grunde vor den Freunden der Natur nun wieder totalen den Kon ammen, und die geliebtesten Sängere brauchen nicht mehr zu fürchten, daß Wadl den Frieden des Sommers brechen werde. Schon am Freitag - Hören Sie nicht, von Tenius, wie da eine andere Rede einsetzt? Die Einleitung war von einem positiven Reporter; jetzt kommt das Atensmaterial, das ein Wadlmeister gefammelt hat. Ich sage ja, unser Wadlmeister hat sehr schön weiter. Zante! - Schon am Freitag bestand sich die Polizei im Feuille wichtiger Nachrichten. Zepren hatte die Gewohnheit, kein Portemonnaie bei sich zu tragen. Sein Kleingeld hiedte in der Westentasche, das übrig

(Werkung folgt.)

wendige Lebensmittel von Staats wegen. Falls die Regierung diese Maßnahmen bevorzugen sollte, empfiehlt der Aufsatz, den Verbrauch zu boykottieren, der dem Staat jährlich 400 Millionen Franc einbringt.

Portugal.

Nach der siegreichen Revolution.

In der neuen Republik soll jetzt vollkommene Ruhe herrschen, und nur die Feindten und andere Kollaborierer widersehen sich der Mäßigung der Milder noch mit Gewalt. Es dürfte der Regierung aber kaum die Mühe kosten, mit den renitenten „Verdrängten in Gefolge“ fertig zu werden. — Dem Portugal hat am Montag in Giffão fertige zu werden. — Dem Portugal hat am Montag in Giffão fertige zu werden. — Dem Portugal hat am Montag in Giffão fertige zu werden.

Ein Minister über die Lage.

Zwei Berichterstatter der Frei. Ztg. wurden als erste autorisierte Journalisten von dem neuen portugiesischen Minister des Meeres, Bernardino Machado, welcher infolge der Erkennung von Zelles auch die Finanzen übernehmen muß, empfangen. Der Minister erklärte, daß die Lage bereits fast normal sei, was davon herrühre, daß die Republikaner schon vor der Revolution überall die moralische Autorität besaßen, die jetzt einmüßig effektiv geworden sei. Während die Monarchie sich desorganisierte, organisierte sich die Republik im Sinne der Befreiung der Klassenwirtschaft und der Befreiung der allgemeinen Interessen. Die Arbeiter zahlten die Armeen für die Reichen und die Reichen wie die Armeen für eine kleine Minorität, welche die wirtschaftliche und politische Macht in sich vereinigte. Die äußeren finanziellen Schwierigkeiten kamen davon her, daß die inneren wirtschaftlichen Probleme ungelegt blieben. Das der provisorischen Regierung entgegengebrachte Vertrauen gebe aus der Tatsache hervor, daß ihr der Fortschritt der schwebenden Schuld zugesichert und Geld zum alten ermäßigten Zinssfuß offeriert wurde, also billiger als bisher, da die Bank von England inzwischen ihren Discontofuß erhöht habe. Die finanzielle Tätigkeit der Republikaner sei auch dadurch erwiesen, daß der republikanische Stadtrat von Lissabon in Jahresfrist 100 000 M. erparierte, während es bisher immer ein Defizit von 200 000 M. gab. Machado betont jedoch abermals den festen Entschluß der Regierung, sämtliche finanziellen Pflichten der Monarchie getreulich zu übernehmen.

Aus der Partei.

Wahltagstendenz.

Eine, am Sonntag, den 9. Oktober, in Burgbamm abgehaltene außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Kreis-Verbands für den 18. Hannoverschen Wahlkreis (Wahlkreis Stade-Verden) stellte dem Genossen Jean Reibe-Verlag als Wahltagstendenz auf. Die letzte Kreisversammlung hatte den bisherigen Kandidaten, Arbeitersekretär Meien-Verden, nicht wieder angelehnt, weil Meien auf dem rechten Flügel der Partei steht, die Genossen des Kreises aber einen Kandidaten haben wollten, der ihre Ueberzeugung des schärfsten und klarsten Klassenkampfes vertritt.

Presseverfolgungen.

Wegen „Vereidigung“ des Generalleitnants v. Below wurde von der 1. Strafkammer des Landgerichts Berlin I der Redakteur des Vorwärts, Genosse Richard Barth, zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In einem Urteil waren die Umgehungen des Generals als zu hoch kritisiert worden. Der Gerichtshof war aber der Ansicht, daß sich der General bei Auffassung der Liquidation durchaus in gutem Glauben befunden habe. Deshalb — einen Monat für den Strauß!

Die erste Hausdurchsuchung ist der reichgeschaffenen Freien Volkszeitung in Göttingen (Württemberg) zuteil geworden. Die hohe Polizei unterzieht nicht nur die Geschäftsräume des Blattes, sondern durchsuchte auch noch die Privatwohnung des Redakteurs von einem gewissen Verdacht bis zur Bodenlampe. Gefunden wurde natürlich nichts. Die Aktion war veranlaßt durch den Strafantrag, den ein Herr Dr. Hoffmann von Göttingen bei der Staatsanwaltschaft gegen die Redaktion der Freien Volkszeitung gestellt hat.

Sprechstunde der Redaktion von 1/2 bis 1/2 Uhr.

Vom Berliner Universitätsfest.

Aus Berlin schreibt man uns:

In abendlicher Freiheit, aller Volkstümlichkeit fern und fremd, hat die Berliner Universität am 11. Oktober ihren hundertsten Geburtstag gefeiert als ein Fest des preussischen Staats und der preussischen Dynastie. Selbst die Studentenenschaft war von der Feier in der Aula, in deren Mittelpunkt Wilhelm II. stand, so gut wie völlig ausgeschlossen. Man sah nur Prinzen, Minister, Hofbeamte und dienende Professoren, die dem Staatsminister v. Trost zu Holz als „hochgebeteten Herrn Staatsminister“ anredeten und sich in ihren bunten Kalaren höflich lächelnd vorluden. Mit Entsetzen sahen die Vertreter der Wissenschaft freier Länder auf dieses byzantinische Schauspiel.

Wilhelm II. besaß von einem Blatt Papier eine Rede, die die Rüge fremden gehemmtlichen Geistes trägt. Ein diplomatisches Produkt mit einer modernen Aufhängefahne für die ausländischen Gäste und einer modernen Charakter, deutscher Seite, deutscher Art. Der preussisch-deutsche Charakter der Universität Berlin ist aber der Charakter der Dressur, des Disziplinargesetzes, der Reg. Wrona, er ist dem „Geist der edlen Freiheit, die sich selbst weise gibt“, geradezu entgegen-gesetzt. Soll die „edle Freiheit“ triumphieren, dann muß der „preussisch-deutsche Charakter“ des Universitätswesens radikal vernichtet werden.

Nach weiteren Reden, Bürgermeistern und Ministerreden kam die Schär der auswärtigen Gratulanten zu Wort. Vertreter österreichischer, englischer, französischer, italienischer, spanischer und japanischer Universitäten. Auch ein Repräsentant der Universität Lissabon war da, wie der Name der jungen republikanischen Hauptstadt legt, ging eine dumpe Bewegung durch die Versammlung. Aber ist es der Vertreter von Lissabon allein, der gegenüber dieser in geschichtlichen Traditionen ererbten Gesellschaft den neuen Geist der „edlen Freiheit“ verkörpert? In der ganzen zivilisierten Welt ist es als selbstverständlich, daß Lehrer und Schüler der Universität die volle politische Freiheit des Staatsbürgers besitzen, daß sie im Vertretungsbereich ihre Stellung nehmen dürfen, wie es ihrer Ueberzeugung entspricht. Nur hier herrscht der Dummheit, die Ungebundenheit des preussisch-deutschen Charakters.

Der „Clou“ der Feier bildete die Ankündigung, daß die Institute der Universität mit Hilfe zusammengegebener, von Privatpersonen gespendeten Summen — Wilhelm II. sprach von 9 bis 10 Millionen — erweitert werden sollen. Diese Institute sollen lediglich dem Zweck der Forschung dienen, ohne daß die Gelehrten, die dort arbeiten, zur Abhaltung von Lehrvorträgen verpflichtet sein sollen. Die Errichtung solcher Institute, so sehr sie an sich zu begrüßen ist, würde besser aus öffentlichen Mitteln erfolgen; es ist keine Ehre für den preussischen Staat, daß er, um Kulturaufgaben nicht leiden zu lassen, an der Ähre reicher Leute anknüpfen muß.

Die reaktionäre Presse erschoß sich in den postlerlichsten Versuchen, die Berliner Universitätsfeier zu burlesk-monarchistischen Zwecken auszunutzen. Eine proteste Unversichtlichkeit ist es z. B., wenn ein konservatives Blatt seinen abnungslosen Lesern auf dem platten Lande etwas von einem „arohatischen wissenschaftlichen Geschenk des Kaisers“ erzählt. Die geschenkten Geber sind nicht von Wilhelm II. gesendet, sondern auf Anregung des verstorbenen Geheimrats Althoff bei verschiedenen Multimillionären zusammengefordert worden. Das finanzielle Verhältnis des Berliner Hofes zur Allgemeinheit ist doch wahrhaftig nicht so, daß sich die Allgemeinheit beim Hof für „Geschenke“ zu bedanken hätte! Solche Behauptungen können nur von Zeuten ausgehen, die berufsmäßig gewohnt sind, die Dinge auf den Kopf zu stellen.

Gewerkchaftliches.

Zur Werftarbeiterkonferenz.

Die Arbeitsaufnahme an den Werften begegnet Schwierigkeiten wegen der Sicherung der Anteile an den durch den Kampf unterworfenen Affordarbeitern. Die Werften behaupten, daß eine solche Vereinbarung nicht eingegangen sei, wogegen die Arbeiter nach der von der Werftarbeiterkonferenz angenommenen Resolution die Sicherung der Affordarbeiten als Bedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit gestellt haben. Dieser Beschluß ist der Verhandlungskommission der Unternehmer mitgeteilt worden, ohne daß diese Widerspruch dagegen erhob.

Antwortschreiben mußte doch selbstverständlich als Bedingung gelten, daß die Unternehmer die Bedingungen, die von der Werftarbeiterkonferenz gestellt waren, anerkannten und die Affordarbeiten auszuüben wollten.

Wegen dieser Differenzen haben die Werftarbeiter die Arbeit in Hamburg und in Bremen ab und zu wieder niedergelegt. In Kiel, Flensburg und auf dem Balkan in Estlin weiterten sich die Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie beschloßen aber später mit knapper Majorität, am Dienstag wieder in Arbeit zu treten. Sie weit die Arbeit aufgenommen ist, läßt sich jetzt noch nicht übersehen. In Estlin verlangten die Werftarbeiter, daß die in den Hamburger Abmachungen vorgesehenen Einstellungsfrist vor Aufnahme der Arbeit festgelegt werden sollen. Dierem Verlangen stehen technische Schwierigkeiten entgegen, sowie auch der Umstand, daß in Hamburg vereinbart wurde, die Einstellungsfristen in der Zeit bis 1. November, also nach der Wiederaufnahme der Arbeit, festzusetzen. Die Werften sind bereit, alle Enten einzustellen. Es sieht gut aus nach Verhandlungen und Beratungen im Ganzen. Es sieht jedoch zu erwarten, daß die Differenzen in kurzer Zeit erledigt werden.

Dem Vernehmen nach soll eine erneute Verhandlung durch Verhandlungen zwischen den Parteien verhandelt werden.

Vom Streikbrecher-König Dinge.

Ein Sachverhalt wird uns geschrieben: Hünge brühte sich damit, daß er jeden Streik breche, und daß ihm in Sachen nur ein einziger Streik deshalb verloren gegangen seien, weil sich die Polizei zu langsam zeigte. Diese tolle Nachrede dürfte außer Hünge noch kein Mensch der tatsächlichen Polizei anhängen. Auch die Schloßpolizei bereitete nicht die Streikbrecherarbeit des Hünge. In Plauen gingen z. B. die Streikbrecherdienste des Hünge deshalb fehl, weil mit seiner Garde wirklich keine Mannpreisarbeiten zu machen waren. Hünge erzählte ja auch von seinen Wunden, daß sie alle Arbeiten verrichteten. Da kann man sich denken, welche Dienste die Hüngebischen Erdarbeiter den Kartongewerkschaften in Plauen leisteten. Das war denn auch gar nicht ihr Zweck; sie wollten mit Anwaltschaft anfragen. Die Fabrikanten und die Polizei waren denn auch tatsächlich zufrieden, als sie diese unheimliche Gesellschaft las waren.

Wie natürlich dieser Hünge aber in seinem Handreich ist, dafür diene noch folgender charakteristischer Vorgang: Beim Streik in Plauen waren ebenfalls des Abends Mendenschauläufe. Am Abend des 28. Februar 1910 ging es etwas stürmisch zu, ohne daß es jedoch zu Ausschreitungen kam. Diese Gelegenheit wurde zu dem Versuch benutzt, den beizunehmen Führer des Streiks, den Bezirksleiter Genossen Hünge vom Buchbinderverband unheimlich zu machen. Hünge wurde bejubelt, gerufen zu haben: „Wieder mit den Streikbrechern“, „stedt die Stunde nieder!“ Dabei konnte Hünge nachweisen, daß er am fraglichen Abend gar nicht in Plauen anwesend war. Und wer war derjenige, der die Anklage veranlaßt hatte? Fritz Hünge, dieses dem Staate so nützliche Element!

Redungen über Gewerkschaftskämpfe.

Die Lithographen und Steinbrücker der Universität brüder von S. Stütz, A. B. in Würzburg hatten wegen Nichtbenützung der einvernehmlichen Verhandlungen die Arbeit eingestellt. Nach fünfmonatlichem Streik kam es zu Verhandlungen mit der Leitung des Gewerkschaftsverbandes, die einen für die Arbeiter günstigen Abbruch fanden. Es wurden Lohnverhöhungen bewilligt und bei beiderem Gehaltssteigerung weitere Lohnzulagen in Aussicht gestellt. Alle Ausständigen konnten wieder auf ihre alten Arbeitsplätze.

Bei der Firma Jules Goffart in Brüssel erklärten die Lithographen den Streik. Die Firma maßregelte einige Gesellen wegen ihrer Ungehörigkeit zur Organisation, weshalb der Streik anbrach. Bezug ist fortzuschalten.

In Breslau haben am Montag sämtliche Dachbedergerhelfen die Arbeit niedergelegt. Sie fordern eine Erhöhung des Lohnes.

In Nienburg-Lagergewerbe des begünstigten Bezirkes ist jetzt nach einer Meldung aus Bremen, endlich ein Lohnarriv abgeschlossen worden, der zunächst bis zum 1. Eruber 1913 bestehen bleiben wird. Die Organisationsrat der Arbeiter und der Unternehmer haben den Vereinbarungen zugestimmt, die zwischen den Vertretern in der vergangenen Woche unter dem Vorhitz des Herrn Dr. Hartmann getroffen worden sind. Auch über die noch strittige Frage der Zulage bei ausnützigenden Arbeiten konnte schließlich noch eine Verständigung erzielt werden.

Verantwortlich für Beitragsartikel, Politische Ueberblick, Partei-Nachrichten Paul Sennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Reaktionen und Vermischtes Carl Wod, für Lokales, Provinziales und Verammlungsberichte Otto Niebuhr, sämtlich in Halle.

Spezial-Angebot für Damen-Konfektion.

| | | | | | | | | | | | |
|------------------------------|--|---------|---------|---------|---------|----------------------|---|---------|---------|---------|--------|
| Herbst-Paletots | aus meliert. Stoffen im engl. Geschmack, Rücken geschweift | 975 M. | 750 M. | 575 M. | 475 M. | Abend-Mäntel | aus dicken Flauschstoffen in hellen und mittleren Farben tönen | 1550 M. | 1375 M. | 1150 M. | 975 M. |
| Frauen-Paletots | auf Clothfutter aus gedieg. schwarz-Tuchstoffen, neuzeit-Formen | 1650 M. | 1475 M. | 1250 M. | 975 M. | Abend-Capes | aus weichen Stoffen, Kragen m. Pelz eingerrtelt, 130 cm lang | 1250 M. | 1150 M. | 975 M. | 775 M. |
| Herbst-Kostüme | aus prima farbigen Stoffen im englisch. Geschmack, Jackett 80 cm lang | 2550 M. | 2275 M. | 1975 M. | 1650 M. | Kleider-Röcke | aus melierten Stoffen im englischen Geschmack, mit Stoffblenden u. Steppstamm | 750 M. | 550 M. | 350 M. | 195 M. |
| Kostüme | aus prima Kammgarn oder Tuch, modern, ansehnliche Formen, marine, schwarz und oliv | 2850 M. | 2375 M. | 2150 M. | 1850 M. | Kleider-Röcke | aus reinwollenem Kammgarn, modernes Faltenfasson, in marine und schwarz | 1150 M. | 950 M. | 775 M. | 575 M. |
| Tüll-Kleider | mit Spachtel-Einsätzen und Tüll-Koller hocheleganz verarbeitet | 3500 M. | 3050 M. | 2675 M. | 2250 M. | Blusen | von blau-grün karierten Wollstoffen gefertigt, Vorderteil in Stüchen gesteppt und Kimono-Aermel | 750 M. | 575 M. | 450 M. | 350 M. |
| Gesellschafts-Kleider | aus besten Wollstoffen in Popeline und Tuch, hoch-aparte Formen | 3950 M. | 3375 M. | 2975 M. | 2650 M. | Blusen | aus gemustertem Tüll, auf reiseidnem Futter mit Spachtel-Einsätzen u. Spachtel-Motiven | 1050 M. | 850 M. | 725 M. | 525 M. |

Geschäftshaus

J. LEWIN Halle a. S.

Marktplatz 2 u. 3.

Der Eisenbahnstreit in Frankreich.

Der Streit bei der französischen Nordbahn hat sich jetzt auf das gesamte Gebiet ausgedehnt. Dienstagabend mußte der Nordbahnhof in Paris seine Pforten völlig schließen. Das Resultat des Tages ist, daß von 280 Zügen, die fahrplanmäßig abgehen sollen, nur 14 den Bahnhof verließen, davon die meisten mit großen Verspätungen. Nach dem Auslande sind nur drei Züge abgegangen. Auf dem Nordbahnhof waren bis um 4 Uhr nachmittags wenigstens noch einige Arbeiter tätig, aber auch diese haben um 4 Uhr den Bahnhof verlassen. Vor dem Nordbahnhof flaut sich eine ungeheure Menschenmenge, die von berittenen und Fußgängertruppen sowie Militär auseinandergedrückt wird. Der Kampf verflücht, daß auch bei der Ostbahngesellschaft der Streit ausbrechen dürfte. Die von der Regierung gegen den Streit ergriffenen Maßnahmen werden morgen im Journal officiel durch ein Dekret veröffentlicht werden. Wie der Kampf ergeht, handelt es sich nicht um temporäre Maßnahmen der Regierung gegen den augenblicklich herrschenden Streit, sondern um Gesetzesmaßnahmen, um in Zukunft jeder Ausfallbewegung vorzubeugen. Die Militärbehörden wird sich das Recht sichern, für alle Fälle, die im Eisenbahndienst befähigten Personen jederzeit zu einer 30-tägigen Leihung einzuberufen. — Auf dem Plage vor dem Nordbahnhof handeln Automobilisten mit Reisenden, die unter allen Umständen in Paris verbleiben wollen und erst in den nächsten Tagen den Arbeiter mit sich eine große Anzahl Geiziger und Automobilfahrer in den Kaufstand getreten; so erschienen in dem Depot auf der Rue de la Chapelle von 100 Automobilfahrern nur 90. In dem Depot Maine sind von 600 Angestellten nur 50 im Dienst.

Wie verlautet, beabsichtigt die Regierung, die Lokomotiven event. durch Maschinen und Feuerturbinen zu ersetzen zu lassen. Der telephonische Verkehr mit Paris ist gestrichelt, erfolgt aber mit großen Verspätungen, das gleiche gilt für den Telegraphenverkehr. Die Verbindung zwischen Paris und Valenciennes ist nicht mehr in Betrieb. Die Verberie (Oise) hat mehrere Züge angehalten, wobei im Nordbahnhof die Züge für Lebaubezogen ab. Die Reisenden konnten sehr mühsam, daß sie die fahrplanmäßigen Züge nicht benützen können. Zwischen Paris und Engien wurde der Verkehr durch Automobile, Fuhrwerke und sonstige Transportmittel aufrecht erhalten. Die Korrespondenz, welche sich in den aufgehaltenden Zügen befand, wird ebenfalls durch Automobile weiter befördert werden.

Unbedeckung des Streiks.

Paris, 11. Oktober. Wie es heißt, werden auch die liegenden Bahnhöfe der Staatsbahnen in den Streit treten. Sie sollen bereits vom Staatsaufschuß dahingehende Anweisungen erhalten haben. Man befürchtet, daß auch die Angestellten der westlichen Staatsbahnen der Chemin de fer als protestantieren werden. Die Regierung hat bereits die entsprechenden Maßnahmen getroffen.

Brüssel, 11. Oktober. In Belgien macht sich der Ausfall der Angestellten der französischen Nordbahn ebenfalls in empfindlicher Weise bemerkbar. Die fahrplanmäßigen Züge konnten nicht abgehen. Einem Teil der Passagiere wurde das Fahrgeld zurückgegeben. Die Reisenden erhielten den Bescheid, daß die Züge von Brüssel nur bis St. Quentin gehen. Der letzte aus Paris hier eingetroffene Zug ist heute um 5 Uhr eingetroffen.

Die belgischen Behörden beschäftigen sich mit der Sicherung des Verkehrs durch Automobile. Die Pariser Post ist ausgefallen, ebenso sind aus Paris keine Zeitungen eingetroffen. Auf französischer Seite ist die Bahnlinie durch einen Posten auf je 50 Meter besetzt. Auch in den Bahnhofsgebäuden ist Infanterie einquartiert. Hier glaubt man, daß der Ausfall nicht länger als 48 Stunden dauern wird, da bis dahin irgendeine Verbindung getroffen sein dürfte.

Die „Mogeregen“ der Regierung.

Die Minister hielten einen Kabinettsrat ab, um über die durch den Ausfall der Nordbahn notwendig gewordenen Maßnahmen zu beraten. Der Kabinettsrat hat beschlossen, sofort ein Dekret zu erlassen, durch welches die Regierung ermächtigt wird, den Eisenbahndienst militärisch zu organisieren. Die Folge dieser Verfügung ist, daß sämtliche der Armee als Reservisten angehörigen Eisenbahngestellten sofort zu einer Leihungsperiode einberufen werden können.

Eine sozialistische Interpretation.

Paris, 11. Oktober. Der sozialistische Deputierte Colly hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, er werde ihn über die Verwendung von Soldaten im Eisenbahndienst ausfragen und über die Drohung, Ausfallende aus Paris zu berufen, interpellieren. Der Kriegsminister telegraphierte an die Kommandanten in Lille, er solle sämtliche Truppen des ersten Armeekorps mobilisieren, da diese bestimmt seien, die Bahnhöfe der Eisenbahnen zu besetzen, um die Bahnhöfe zu besetzen.

Die Regierung „defertiert“.

Paris, 12. Oktober. Das Amtsblatt wird heute ein Dekret veröffentlicht, wonach die Eisenbahner militärisch organisiert werden und insbesondere die Einberufung der Eisenbahner, die unter militärischer Kontrolle stehen, auf zehntägige Züge gestattet wird. Unter dieser Kategorie und Militärisch sind die Meinungen geteilt. Wie die Regierung das Richterscheitern von 20-30000 dieser Reservisten abhandeln will, ist noch nicht abzuwarten. Als Nahmenspruch kann das Richterscheitern erst nach Verlauf von 14 Tagen erklärt werden. Wie gestern abend verlautete, werden die Eisenbahngestellten aller Linien in den Ausfall treten. Dies soll in einer gegen Abend haltenden Versammlung der Eisenbahner beschlossen werden. Der gestrigen Versammlung der streikenden Eisenbahner wohnten etwa 10000 Arbeiter teil. Der Versammlung hat beschlossen, die Ostbahn und der Paris-Brüssel-Mehrere brachten die Bestimmungen ihrer Gruppen. Am Schluß der Versammlung gab der Generalsekretär der Nordbahn eine Erklärung ab, in der er beantragte, daß ein großer Kampf bevorstehe, der mindestens acht Tage dauern dürfte.

Paris, 12. Oktober. Bei Arras sollen elf Telegraphenstationen umgebaut und 35 Leitungen durchschnitten worden sein. Da das Verkehrspersonal in Paris seinen Dienst tut, so ist der Nordbahnhof in Duntel gehalten. In Gagebrauch beschloffen die Eisenbahngestellten den Ausfall.

Mangel an Lebensmitteln.

In den Pariser Markthallen machte sich gestern bereits ein Mangel an Zufuhr von Gemüsen u. s. w. fühlbar. Man sieht dem heutigen Tage mit einigen Tagen entgegen und befürchtet, daß sich der Mangel heute erheblich zeigen wird.

Aus der Frauenbewegung.

Das Wahlrecht der Frauen an Gewerbe- und Kaufmannsgerichten.

Die proletarischen Frauen empfinden es als eine unerhörte Ungerechtigkeit, daß ihnen das Wahlrecht zu den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten noch nicht erteilt worden ist. Im vergangenen Jahr nahmen eine größere Anzahl von Arbeiterinnen Versammlungen in fast allen größeren Städten zu der Frage Stellung, und fanden Petitionen um Einführung dieses Wahlrechts an die betreffenden Stellen ein, die jedoch darauf nicht reagierten. Deshalb darf natürlich der Kampf um die Selbstverständlichkeit nicht erlöschen. Neues Agitationsmaterial hat in reichem Maße die Verfassungskommission von 1907 gebracht, deren Ergebnisse kürzlich veröffentlicht worden sind. Gegenüber der vorletzten Zählung im Jahre 1895 ist der Anteil der weiblichen Erwerbslosen an der weiblichen Bevölkerung von 19,9 Proz. auf 26,3 Proz. gestiegen, wogegen bei der männlichen dieser Anteil um ein Geringses, nämlich von 61,03 auf 61,01 gesunken ist. Die größte Zunahme zeigen die Handlungsgehilfen, deren Zahl in der angegebenen Zeit von 34,98000 auf 34,288000 gestiegen ist. Die Arbeiterinnen in der Industrie vermehrten sich von 1,12 Mill. auf 1,166 Mill. Nach den neuen Feststellungen haben etwa 2 1/2 Mill. Frauen (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) die im Dienst und Arbeitsverhältnis vorfindenden Streikgeleiteten des Gewerbes- und Kaufmannsgerichten zu unterbreiten. In einzelnen Berufsgruppen, wie der Textil-, Bekleidungs- und Metallindustrie überwiegt die Zahl der weiblichen die der männlichen Arbeitskräfte teilweise erheblich. Mit dieser ganzen Enumeration ist natürlich das Interesse der Frauen an der Aufhebung und Verwaltung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte fast gegeben.

Leider ist die amtliche Statistik über die Tätigkeit der genannten Gerichte so mangelhaft, daß sie nicht einmal angibt, von wieviel weiblichen Personen diese Institute in Anspruch genommen werden. Deshalb hat der Verband der deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte eine feine Umfrage darüber vorgenommen, und festgestellt, daß unter den Inhaberbetrieblern Arbeitnehmer sich zu 22 Prozent Frauen befinden. Im Jahre 1909 waren es bei den Gewerbegerichten 23,8 Prozent, bei den Kaufmannsgerichten 23,8 Prozent. Die Zahl der Frauen, die in den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten eintreten (beleg. die Zeitfrist Gewerbe- und Kaufmannsgericht 1910, Nr. 12). Die Sozialdemokratie als einzige Partei, welche die politische Gleichberechtigung der Frauen fordert, tritt, wird auch in dem Kampfe um das Wahlrecht der Arbeiterinnen bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten die Führung übernehmen müssen. Besonders sollten sich die sozialdemokratischen Frauen diese Propaganda angelegen sein lassen.

Die Frau als Vormund.

Mit der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches haben auch in Deutschland die Frauen das Recht bekommen, die Vormundschaft über Minderjährige zu übernehmen. Leider muß konstatiert werden, daß die Einführung dieses Rechts nicht einer gleichzeitigen Ermächtigung der Frauen als allgemeine Wahlrecht eintritt, wird auch in dem Kampfe um das Wahlrecht der Arbeiterinnen bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten die Führung übernehmen müssen. Besonders sollten sich die sozialdemokratischen Frauen diese Propaganda angelegen sein lassen.

Briefkasten der Redaktion.

N. N. Sie werden leider nichts erreichen. Einem Arzte in solchem Falle grobärztliche Verfahren nachzuweisen, ist sehr schwer und anders würde eine Klage von vornherein aussichtslos sein.

N. N. 1. Die Frau ist nicht zur Einsetzung der Polizeibehörde befähigt. Diese muß dem Vormund übergeben werden. Klage anstrengen.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 12. Oktober 1910.

Auf die öffentliche Versammlung.

Am Donnerstag, den 13. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Volksparties Saalgebäude, ist hiermit nochmals eingeladen. Es soll in ihr das überaus wichtige Thema: Der Reichserwerb zur Bekämpfung der Sozialdemokratie im Kampfe gegen die freien Gewerkschaften, behandelt werden. Referent ist Genosse Lindemann, Magdeburg. Es ist notwendig, daß jeder organisierte Arbeiter, jede Arbeiterfrau zu dieser Versammlung erscheint. Bemerkt sei, daß die Tagung unter allen Umständen, auch unter polizeilicher Überwachung, stattfinden wird.

Der Moderne Kunstabend des Bildungsausschusses.

erfreute sich sehr zahlreicher Besuche, ein Beweis dafür, daß es wieder größeren Kreisen der organisierten Arbeiterklasse möglich ist, an den ausgezeichneten Veranstaltungen ihrer Bildungscommission teilzunehmen. An Interesse hat es ja nie gekehrt, wohl aber am Gede. Die Kräftejahre waren harte Jahre auch für die Arbeit des Bildungsausschusses. Wir sprachen für den gestrigen Abend das Auftreten mehrerer Mitglieder der bekannten „11 Mäander Scharfrichter“ vorgezogen. Die Entzählung eines Darleheres beendete das. Zur wurde das Programm eines Modernen Kunstabends zusammengefaßt, wie möchten sagen, mit nicht geringem Gede. Das abendliche Programm, wie die der „Scharfrichter“ legen eine gewisse Entzählung der „Scharfrichter“ voraus. Sie wirken am sichersten und nachhaltigsten auf Aufklärung einer Art Unwissenheit gegen Kunstgenüsse, wie sie leicht die Mitte der Winterzeit beherrscht. Bei den Arbeitern ist das zwar weniger der Fall, mindestens aber gewinnt die Sache dann durch ihre Originalität. Am Abend, wie der gestrige, deren Programm nicht hineingeeignet in Leben und Kunst, die sind wie geschaffen als Material dessen, was der Bildungsausschuß künstlerisch geplant hat.

Das Programm wurde bestritten von Künstlern, die vielen Besuchern in Halle nicht unbekannt sind. Das Schöne der letzten Reihe für Stummkunstler erfuhr sich mit Recht auf dem Saale. Dann das Michaelische Quartett aus Leipzig, das wir in jedem Jahre als geringsten Gede begrüßen können. Fräulein Gertrude Wenz trat in einer Veranstaltung des Bildungsausschusses zum erstenmal auf. Wenn sie wiederholt, dürfte sie herzlich begrüßt werden sein. Die Auswahl ihrer Lieber zeigte von Geschmack und Verständnis für die Bedürfnisse des Arbeiterpublikums. Von den drei Liedern im ersten Teil des Programms gefiel am meisten das abendliche Programm, wie die der „Scharfrichter“ legen eine gewisse Entzählung der „Scharfrichter“ voraus. Sie wirken am sichersten und nachhaltigsten auf Aufklärung einer Art Unwissenheit gegen Kunstgenüsse, wie sie leicht die Mitte der Winterzeit beherrscht. Bei den Arbeitern ist das zwar weniger der Fall, mindestens aber gewinnt die Sache dann durch ihre Originalität. Am Abend, wie der gestrige, deren Programm nicht hineingeeignet in Leben und Kunst, die sind wie geschaffen als Material dessen, was der Bildungsausschuß künstlerisch geplant hat.

Den Schönen der letzten Reihe für Stummkunstler erfuhr sich mit Recht auf dem Saale. Dann das Michaelische Quartett aus Leipzig, das wir in jedem Jahre als geringsten Gede begrüßen können. Fräulein Gertrude Wenz trat in einer Veranstaltung des Bildungsausschusses zum erstenmal auf. Wenn sie wiederholt, dürfte sie herzlich begrüßt werden sein. Die Auswahl ihrer Lieber zeigte von Geschmack und Verständnis für die Bedürfnisse des Arbeiterpublikums. Von den drei Liedern im ersten Teil des Programms gefiel am meisten das abendliche Programm, wie die der „Scharfrichter“ legen eine gewisse Entzählung der „Scharfrichter“ voraus. Sie wirken am sichersten und nachhaltigsten auf Aufklärung einer Art Unwissenheit gegen Kunstgenüsse, wie sie leicht die Mitte der Winterzeit beherrscht. Bei den Arbeitern ist das zwar weniger der Fall, mindestens aber gewinnt die Sache dann durch ihre Originalität. Am Abend, wie der gestrige, deren Programm nicht hineingeeignet in Leben und Kunst, die sind wie geschaffen als Material dessen, was der Bildungsausschuß künstlerisch geplant hat.

Den Schönen der letzten Reihe für Stummkunstler erfuhr sich mit Recht auf dem Saale. Dann das Michaelische Quartett aus Leipzig, das wir in jedem Jahre als geringsten Gede begrüßen können. Fräulein Gertrude Wenz trat in einer Veranstaltung des Bildungsausschusses zum erstenmal auf. Wenn sie wiederholt, dürfte sie herzlich begrüßt werden sein. Die Auswahl ihrer Lieber zeigte von Geschmack und Verständnis für die Bedürfnisse des Arbeiterpublikums. Von den drei Liedern im ersten Teil des Programms gefiel am meisten das abendliche Programm, wie die der „Scharfrichter“ legen eine gewisse Entzählung der „Scharfrichter“ voraus. Sie wirken am sichersten und nachhaltigsten auf Aufklärung einer Art Unwissenheit gegen Kunstgenüsse, wie sie leicht die Mitte der Winterzeit beherrscht. Bei den Arbeitern ist das zwar weniger der Fall, mindestens aber gewinnt die Sache dann durch ihre Originalität. Am Abend, wie der gestrige, deren Programm nicht hineingeeignet in Leben und Kunst, die sind wie geschaffen als Material dessen, was der Bildungsausschuß künstlerisch geplant hat.

Den Schönen der letzten Reihe für Stummkunstler erfuhr sich mit Recht auf dem Saale. Dann das Michaelische Quartett aus Leipzig, das wir in jedem Jahre als geringsten Gede begrüßen können. Fräulein Gertrude Wenz trat in einer Veranstaltung des Bildungsausschusses zum erstenmal auf. Wenn sie wiederholt, dürfte sie herzlich begrüßt werden sein. Die Auswahl ihrer Lieber zeigte von Geschmack und Verständnis für die Bedürfnisse des Arbeiterpublikums. Von den drei Liedern im ersten Teil des Programms gefiel am meisten das abendliche Programm, wie die der „Scharfrichter“ legen eine gewisse Entzählung der „Scharfrichter“ voraus. Sie wirken am sichersten und nachhaltigsten auf Aufklärung einer Art Unwissenheit gegen Kunstgenüsse, wie sie leicht die Mitte der Winterzeit beherrscht. Bei den Arbeitern ist das zwar weniger der Fall, mindestens aber gewinnt die Sache dann durch ihre Originalität. Am Abend, wie der gestrige, deren Programm nicht hineingeeignet in Leben und Kunst, die sind wie geschaffen als Material dessen, was der Bildungsausschuß künstlerisch geplant hat.

Aus dem Stadtparlament.

Das Kennzeichen des Bürgerturns von heute, wie es die Majorität in den preußischen Stadtparlamenten besitzt, ist die unheimliche Angst vor der „roten Gefahr“ und die gläubige Eingabe an alles, was berufen scheint, Rettung aus dieser Gefahr zu bringen. Dieser bürgerlich-königliche Grundgedanke zeigt sich in Halle in besonders reiner Weise. Die Halleische Polizei

zel ist ein Instrument, das auch beim Bürgerertum nur wenig Nutzen bringt. Ihre Tätigkeit hat mehr äußerlichen Charakter. Sie ist ein Instrument, das auch beim Bürgerertum nur wenig Nutzen bringt. Sie ist ein Instrument, das auch beim Bürgerertum nur wenig Nutzen bringt.

Wer es versteht, die in den bürgerlichen Verbänden liegenden Macht und Hoffnung abwechselnd gegeneinander auszuspielen, kann damit immer oder nie ein Verfall. Aber diese Verfall hat freilich, er versteht es um so besser, weil die einigste Kunst ist, die er beherrscht. Aber gerade deswegen ist er ein „großer Mann“ in Halle und — hoffentlich — auch bald anderswo. Im Grunde mögen ihn die Bürgerlichen ebenjenseitig oder noch weniger wie seine Polizei. Aber nicht wirklich einmal die Mehrheit im Ratsekollegium die Haupt aus der Tausche zu ziehen, dann mal Herr Rabe im größten Not ein grausliches Verbrechen; der hobte dann, der eben noch voll Hoffnung war, fällt sich mit dieser Macht und der Oberst „Sieger“.

Auch in der Sitzung am Montag hat es sich bewegt. Dafür bildet der Ausschuss der Ratsekollegium die Haupt aus der Tausche zu ziehen, dann mal Herr Rabe im größten Not ein grausliches Verbrechen; der hobte dann, der eben noch voll Hoffnung war, fällt sich mit dieser Macht und der Oberst „Sieger“.

Aber hiermit hatte Herr Rabe endlich seinen Keulen unten in Saale den Knüttel eingependelt, womit sie die höchst unkomme Wahrung der sozialdemokratischen Interessen erledigen konnten. Dem erhabenen Gefassen über „Anfängerheit“ und „Gegenstandslosigkeit“ der Interpellation und Herr von Wume benutzte die erste Sitzung nach seinen Ferien zur Abgabe des Beschlusses, daß er ein edler Professor sei. Auch ihm war die Interpellation „nicht klar“ und so machte er den Polizeidirektor der Mehrheit, als welcher er die abgeworfene Interpellation beiseite schaffte, damit niemand gewahr werde, daß sie genau so ausgehen, wie viele frühere Interpellationen, die anhandlos verhandelt worden sind. ... Und ein freigelegter Duplex zeigte der freisinnige Oberbürgermeister ob der freisinnigen Stadtvorstandsmehrheit. Das Ansehen der Polizei ist wieder einmal getrotzt, wieder ist sie hilflos wie ein als „liberalen“ und anderen Gesetze angeordnet worden. Freund und gern bewilligt der treudienste Freisinnsmann ein e 111110 n für die große Halle der Polizei, wenn er nur nicht hören und sehen muß, wie diese Willen ausgegeben wird. Während, aber willig nimmt der ordnungsgewissen Bürger sein Stimmmandat von der Ordnungsbürokratie entgegen, wenn sie ihm nur verspricht, allabendlich ein paar Arbeiterverfammlungen zu führen. Geduldig läßt er sich von Herrn Wadmeier bei Gelegenheiten das Fell begeben, wenn dieser nur täglich ein paar Sozialdemokraten führt. Und mit offenem Munde schaut er tolllos zu, wie der lächerliche Ober ein Stück Selbstverwaltung nach dem andern beseitigt, diemal dieser durch seines Mundworts Gewalt jährlich mindestens vierzig Mal, so oft Stadtvorstandsmehrheiten tagen, die Sozialdemokratische theoretisch und praktisch genügte redet.

Doch wenn dem Freisinnsmann wirklich einmal die Geburt aus den wollenen Unterhosen fließt, dann geht er hin und treibt billige Kommunalpolitik. Dann erschüttert er das Weltgebäude durch eine zweifelhafte Diskussion über die tiefe Frage, ob der Hausbesitzer oder der Magistrat die Pflicht hat, den Druck von Strafen zu legen. Nur schade, daß auch diese Frage von freisinniger Bedeutung nie erledigt wird. Der Druck für Halle nach wie vor genau so charakteristisch wie die Polizei und der Kommunalfreisinn.

„Ankünde in der „Hohen“ Industrie.

In den hiesigen Betrieben der Stoffolben, Ruderwaren- und Sonstighandwerke befinden die elendesten Verhältnisse. Je mehr die Beschäftigten in dieser Branche zur Einsicht kommen und sich der Organisation anschließen, kommen auch die Verhältnisse...

diesen Betrieben immer mehr ans Tageslicht. Anfangsbühne von 20 Wg. pro Stunde sind in diesen Betrieben keine Seltenheit, 30 Wg. sind schon ein hoher Lohn. Ferner ist zu beachten, daß die Ausnutzung der weiblichen Arbeitskraft in hoher Weise liegt. Die Fabrik-Ergebnisse sind reine Wüste, sie können sich in Durchschnitt leben lassen. B. können Weibchen in Höhe eines Tageslohnes verdingt werden. Wie unangenehm diese Strafstrafen oft ausgenutzt werden, wollen wir nur an einem Beispiel beweisen. Ein Arbeiter wird krank und weil er dies nicht gleich meldet, oder am anderen Tage nicht zur Arbeit erscheint, erhält er Wf. 0,50 Strafe; dagegen machen kann er nichts, weil die polizeilich genehmigte Fabrik-Ordnung dies zuläßt. Ferner muß jeder Arbeiter, der in einer solchen Firma in Arbeit tritt, diese famose „Ordnung“ unterzeichnen.

Die Organisationen sind vielen Fabrikanten selbstverständlich verbohrt wie dem Feuer das Wasser. So hat die Firma G. & O. in der Gr. Wallstr. einen organisierten Arbeiter entlassen, weil er es gewagt, in einer Versammlung seine Mitarbeiter anzufragen, sich der Organisation anzuschließen. Besonders diese Firma steht mit ihren Ausnutzungsmethoden obenan. Das Arbeitermehrwert beruht dort in unangenehmer Weise. Die Arbeitszeit ist jetzt schon häufig von früh 7 bis abends 10 Uhr. Sie wird aber noch ausgedehnt bis 12 Uhr; ja es kommt sogar vor, daß einige Arbeiter gar nicht abends zu Hause gehen, sondern sich nachts einige Stunden am Maschinen hängen, um dann früh gleich wieder mit der Arbeit zu beginnen.

Schon lange konnten diese Zustände geändert sein, wenn jeder organisierte Arbeiter seine Pflicht erfüllt und Ehre und Löhne, die in vielen Betrieben arbeiten, auf die Organisation aufmerksam macht. Besonders jetzt in der Saison kommen viele in anderen Verbänden organisierte in diese Betriebe als Saisonarbeiter. Besonders diese müssen helfen, die dauernd dort Beschäftigten zu bearbeiten, um den Individualismus zu brechen und sie der Organisation des Wäcker- und Konstruktorenverbandes zuzuführen. Ferner muß auch einmal erwähnt werden, daß mehrere der dort Beschäftigten schon jährelang im Betriebe arbeiten und auch so lange einer anderen Organisation angehören, sich aber nichts merken lassen, daß sie bereits organisiert sind. Es kommen zu feiner von der jährelängigen Organisation einkommenden Verarmung und werden deshalb immer als unorganisierte Kollegen betrachtet. Es ist Pflicht dieser Kollegen und Kolleginnen, sich der jährelängigen Organisation anzuschließen, denn nur dadurch, daß sie alle gemeinsam den einen Ziele anstreben, können sie in diese Betriebe etwas andere Verhältnisse schaffen. Genossen und Genossinnen, beherzt die wenigen Zeilen und laßt euch nicht, daß auch in dieser Branche eine starke Organisation besteht. Ist es, dann wird sich deren Arbeiterkraft wie in anderen Orten menschenwürdige Verhältnisse erkämpfen.

Öffentlicher Arbeitsnachweis.

Vom öffentlichen Arbeitsnachweis sind wir geschrieben: Im Juli 1910 hat sich in räumlicher Anlehnung an die kommunalunterstützten Arbeitsnachweise, Salzgrafenstraße 2, ein Verwaltungsausschuß für eine Fachabteilung für das Gastwirts-gewerbe gebildet, dem außer einem kleineren Verein sämtliche Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereine des Gastwirts-gewerbes beigetreten sind. Auch die Bewilligung eines besonderen Aufschusses an diese Fachabteilung von seiten der städtischen Kollegen war es möglich, noch im Juli einen besonderen Schalter für die Stellenvermittlung im Gastwirts-gewerbe einzurichten und in Betrieb zu nehmen.

Die Stellenvermittlung geschieht für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer vollständig kostenlos. Es liegt jetzt das Ergebnis der beiden ersten Monate (August und September 1910) vor, über das die folgenden Zahlen unterrichten können.

Stellenjüngende offene Stellen besetzte Stellen

| | | | | | | |
|-------------|-------|-------|-------|-------|-------|------|
| August 1910 | m. 81 | w. 8 | m. 53 | w. 44 | m. 50 | w. 2 |
| September | m. 88 | w. 24 | m. 54 | w. 44 | m. 52 | w. 8 |

Im August sind danach im ganzen 58 Stellen, im September 73 Stellen im Gastwirts-gewerbe vermittelt worden. Das sind recht erfreuliche Zahlen; sie gewinnen noch an Wert, wenn man sie mit der Gesamtstätigkeit der Arbeitsnachweise vergleicht. Im August nehmen die Vermittlungsstellen im Gastwirts-gewerbe 14 Proz. der ganzen Vermittlungsstätigkeit der Arbeitsnachweise ein, im September sogar 17 Proz.

Was die den Facharbeitsnachweis in Anspruch Nehmenden gegenüber einer gewerblichen Vermittlung erspart haben, läßt sich nach den häufig veranlassenden Gebührenten für die gewerbliche Stellenvermittlung in Halle berechnen. Wie greifen nicht zu hoch, wenn wir diese ersparte Summe auf über 300 Wf. annehmen. Beim männlichen Personal sind es wenigstens die Arbeitnehmer, die jetzt keine Vermittlungs-lösten mehr zu tragen haben, beim weiblichen Personal sind es die Arbeitgeber, die jetzt die Vermittlungsgebühren ersparen. So sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichzeitig in den Genuss der Vorteile der öffentlichen Stellenvermittlung getreten. Sollen wir, daß diese Tatsache zum weiteren Ausbau der Fachabteilung für das Gastwirts-gewerbe ihr Ziel beiträgt.

• Zum Bezirksratsbericht und in Hinblick auf die im Anschluß daran ermittelten Bedürfnisse des Genossen Ehele er-sucht uns Genosse K. e. i. w. a. n. d. am Aufnahme folgender Erklärung: „Die Verichtigung des Genossen Ehele behauptet fälschlich, daß ich das Wort „Abtinnungsmaschine“ vor ihm gebraucht und daß er es von mir nur „aufgegriffen“ habe. Ich erkläre, daß ich das besagte Wort vor dem Genossen Ehele nie ausgesprochen habe. Damit ist für mich die An- gelegenheit erledigt.“ Karl Reibwand.“

• Zum Arbeits-Sekretariat ist am Dienstag abends in Halle ein Verkauf von Karten für den „Hallaufschuß“ durchgeführt worden.

• Zur gewerblichen Weibchenregung. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß an Stelle des ausgeschiedenen Bezirks- assessor Dr. Gußard der Gerichtsassessor Dr. Hoffmann zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbegerichts und des Kaufmannsgerichts in Halle a. S. gewählt und beauftragt worden ist.

• Weiterveränderung der Ehefrauen — nicht Minderhaltung der Beiträge! Leider machen noch immer viel zu viele Ehefrauen alsbald nach der Heirat von ihrem Rechte Gebrauch, sich die Hälfte der vor der Ehe gezahlten Beiträge zur Invalidenversicherung zurückzahlen zu lassen. Es kann den Ehefrauen nur dringend geraten werden, dies nicht zu tun, sondern hart daran zu setzen, sich lieber weiter zu versichern zu lassen. Dies geschieht dadurch, daß sie innerhalb jeder Jahre von dem Versicherungstage der gelben Cuittungsarten mindestens 20 Wochenbeiträge irgend einer Lohnklasse in ihre Cuittungsarten einfließen. Bei Verwendung von Karten der ersten Lohnklasse A. B. beträgt die jährliche Ausgabe nur 1,40 Wf. Werden mehr Beiträge und solche höherer Lohnklassen eingeleitet, so erhöhen sich natürlich auch die Rechte der Versicherenden in Bezug auf die spätere Rente. Niemand darf man veräurmen, die Karte alle zwei Jahre auszu-tauschen! Die Summe, die der Beitrag erstattet wird, ist gering, nämlich 50 bis 60 Mark. Umgleich wertvollere Vorteile gibt sie mit der Rückforderung der Beiträge auf. Daher die wohlmeinende Mahnung:

1. Laßt euch die Beiträge nicht erstatten!
2. Versichert euch weiter!
3. Arbeit während zweier Jahre mindestens 20 Wochenbeiträge ein.
4. Wergelt nicht, alle zwei Jahre die Cuittungsarten auszu-tauschen!

Vorteile der Weiterversicherung:

1. Anspruch der versicherten Ehefrau auf Krankenrente vom Ablauf der 26 Krankheitswochen an im Falle vorübergehender Erwerbsunfähigkeit.
2. Anspruch der versicherten Ehefrau auf Invalidenrente im Falle dauernder Erwerbsunfähigkeit; die Invalidenrente ist monatlich 12 bis 20 Wf. betragen.
3. Die Versicherungsanstalt kann, wenn eine versicherte Ehefrau betagt erkrankt ist, daß als Folge der Krankheit Erwerbsunfähigkeit zu bezeugen ist, ein Heilverfahren in einem Krankenheule, Heilanstalt, Erholungsheim einleiten lassen, unter Erhebung einer Angehörigenunterstützung geltend zu machen und Nachteile auszubehalten Angehörigen.

Macht die Minderhaltung:

1. Mein Anspruch auf Krankenrente!
2. Mein Anspruch auf Invalidenrente!
3. Mein Heilverfahren!

• Ehefrauen, welche sich die Beiträge haben erstatten lassen, sind daher in Fällen von Krankheit, Erwerbsunfähigkeit und Alter ausschließlich auf ihre eigenen Mittel oder die ihrer Familie angewiesen. Not und Sorge stellen sich meist ein!

• Von der Fleischpreis-Notierungskommission am lädlichen Schloß- und Viehhofe wurden am Montag, den 10. Oktober 1910, folgende Preise festgesetzt: Es wurden bezahlt für 50 kg Fleischgewicht für Schen: niedriger Preis 60, häufiger Preis 69 Wf.; für Kühe: Döchter Preis 68, niedriger Preis 64 Wf.; für Soguläufer: Döchter Preis 80, niedriger Preis 75, häufiger Preis 78 Wf.; für Hammel: Wälschener Döchter Preis 75 Wf.; für Schafe: Döchter Preis 68, niedriger Preis 63, häufiger Preis 65 Wf.; für Schweine: Döchter Preis 72, niedriger Preis 68, häufiger Preis 70 Wf. Bei den Schweinen vertritt sich der Preis auf 50 kg Schlachtgewicht. (Genossen und Schamer unter unentgeltliche Ausgabe des sogenannten Fremde: Gekling, Magen, Darm, Mittel und Blut.)

• Stadtkate. Lorjings allbesties Spielhofer Jar und Zimmermann wird am Donnerstag zum letzten Male in dieser Spielzeit gegeben. Am Freitag geht als dritte Vorstellung im Dionysus-Theater des großen nordischen Dichters Schopenhauer unter Kraft, erht Teil, von Herrn Oberregisseur Scholling inszeniert, in Szene. In die Hauptrollen teilen sich die Damen Schiller, Zimmermann und Widen und die Herren Friedrich, Dr. Döppel und Wund. Sonabend vom 6. Male Die gekleidete Frau. Sonntag nachmittags Volksvorstellung. Die Neuwahlten, hierauf: Der zerbrochene Krug. Die Vorzugsaussage werden ab Donnerstag früh 10 Uhr an der Halle umgetauscht. Für Sonntag abends ist die Preis- senkung von Herberbers großer Oper Die Hülftanzen nach dem Wulter der Wiesbadener Festspiele angelegt. Wort- bestellungen nimmt die Kasse entgegen.

• Sinfonie-Konzerte des Theater-Orchesters. (Keramalfiter: Gehmairt Wäcker; musikalische Leitung: Kapellmeister Eduard Wörkle.) Das vergangene Sommer neu organisierte Sinfonieorchester des Stadttheaters wird sich am 20. Oktober im ersten Abonnementskonzert in seiner neuen Gestalt dem Publikum und der Presse vorstellen. Es ist für diesen Abend ein außerordentlich reichhaltiges Programm zusammengestellt worden. Das Hauptwerk bildet die sinfonische Suite für großes Orchester Impressionen d'Italie von Wagner, deren Komponist der Oper Wulle, das in Halle zur überaus ersten Aufführung gelang. Von den übrigen Orchesterwerken ist erwähnt die Quertiere Romischer Karneval von Viktor Berlioz, und Le Noct d'Empale von Saint-Saens, eine sinfonische Dichtung, die neben des gleichen Dichters Roman-tanz wohl den prominenten Punkt in seinem Schaffen bildet. Es soll mit der Aufführung dieses Werkes des 75. Geburtstag von Camille Saint-Saens gedacht werden, welcher in diesen Tagen gelebt wird. Als Solist ist die Kammer-sängerin Eva von der Osten gewonnen, die berühmte Ver-treterin der Garmen, Ella ufm, am der Dresdener Hofbühne. Frau Eva von der Osten trägt, den Charakter des Pro- gramms zu wahren, aus Mailenes Der Gib die große Erde; im zweiten Teil folgen dann wieder am Klavier. Der Barrens

Solange der Vorrat reicht! Billiger Verkauf der angesammelten Reisemuster und in der Fabrikation vieler angeschmutzter Wäschestücke in: Dankenwäsche, Bettwäsche, Schürzen. Seltene Gelegenheit für Aussteuern in Handtüchern, Tischgeweben etc. etc. Verkauf nur direkt in der Fabrik: Geiststrasse 19, vormittags von 10—12 Uhr und nachmittags von 3—7 Uhr. Menckhoff & Co., Wäschefabrik mit Kraftbetrieb Geiststrasse 19.



Vorberlauf hat in der Hofmusikantenkapelle von Heinrich Koch bereits begonnen. Auf verschiedene Anfragen ist darauf aufmerksam gemacht, daß die Abonnentenlisten geschlossen sind und Abonnement nicht mehr angenommen werden.

Tob infolge Unfalls. Der 48 Jahre alte, Geschäftsführer Karl Nöbling erlitt am 18. September einen Unfall, indem er von seinem Wagen stürzte und sich schwere Verletzungen an Kopf und Rücken zuzog. Dieser Tage ist er im hiesigen Elisabeth-Krankenhaus an Hirnblutdruck gestorben.

Amnenberuf. Sozialdemokratischer Verein. Am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Burgschloß eine Mitglieder-Versammlung statt. Jahresliche Ergebnisse erwünscht.

Metin. Eine öffentliche Versammlung findet hier am Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus zur Erhellung statt. Gegenüber der Frage über die Durchführung der Sozialdemokratie und die Kampfmittele gegen den Krieg. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Presse und Organisation, spricht Gen. A. D. Albrecht. Frauen und Männer sind zu der Versammlung freundlich eingeladen.

Worms-Hilber. Sozialdemokratischer Verein. Die Mitglieder des obigen Bezirks werden darauf aufmerksam gemacht, daß die für Mittwoch abend angelegte Mitglieder-Versammlung auszusagen am Freitag abend in Wörmitz stattfindenden öffentlichen Versammlung ausfällt.

Theater und Musik.

Einem Richard Wagner-Abend gab am Dienstag Fritz Heinhals, der jüngere Kammerfänger, unter Mitwirkung Edward Wörles und des gesamten Stadttheaterorchesters in den Kaiserjalen. Heinhals genießt als Wagnerfänger internationalen Ruf, und sein Gesang, sein Wortsinn und unübertreffliche Leistungen. Durch seine Mitwirkung bei den diesjährigen Festspielen im Stadttheater (als Hans Sachs in den Meistersingern) stand er dem hiesigen Theaterpublikum noch in frischer und angenehmer Erinnerung, wofür ja am Dienstag das vollstehende Hans treffliche Zeugnis ablegte. Der Künstler sang den Monolog des Hans Sachs aus dem dritten Akt des Meistersinger; Welche Wehe, über alle Wehe, die Klage des Amfortas aus Parsifal und Wotans Abschied aus Die Walküre. Heinhals, ein fähiger, gesungener Sänger, beherrschte den Wagnerstil vollendet. Seine voluminöse Stimme ist von einer solchen Kraft, höchsten Schönheit, Mannigfaltigkeit und Ausdauer, daß sie in jeder Lage mühelos, rein und klar klingt; deren Reichthum seines Stimmmaterials scheint hier außerordentlich zu sein. Groß ist das technische Geschick und Können des Sängers. Er hat seine Stimme so in der Gewalt, daß er förmlich damit spielt und so eine Modulation zustande bringt, die den höchsten Grad der musikalischen Kunst darstellt. Die Besetzung der Rollen, daß jeder einzelne der Vorträge mit stürmlichem Beifall aufgenommen wurde. — Die Orchesterbegleitung war zeitweise auch für das madritel Organ eines Heinhals zu laut. Im übrigen war die Besetzung der Rollen durch die Leitung des Kapellmeisters Edward Wörle mit vorzüglichen Leistungen, von denen vornehmlich Wörle und Charfreitagssänger aus Parsifal, Siegfrieds Heinfahrt aus Götterdämmerung und Waldeleben aus Siegfried zu nennen sind. Diese Werke fanden zum Teil eine merkwürdige und darum einbeindruckende Wiederholung, wobei sich besonders der Charakter der Heinfahrt und des glänzenden Spiel ausgezeichnet. Weniger gut gelang die Faust-Duette und das Vorspiel zu den Meistersingern; eine gescheiterte, strafbare Durchführung hätte beide Werke zu größerer Wirkung bringen müssen. Ammerlin hatten Edward Wörle wie das Orchester an dem Beifall des Abends wohl verdienten Anteil.

Aus den Nachbarkreisen.

Gießen. Wissenschaftlicher Wandertour. Bis dem Montag begonnener Kurier nach 63 Teilnehmer erzielten, darunter 7 Frauen. Um am weiteren Kreisen die Teilnahme zu ermöglichen, wird ein zweites Kurier am Sonntag, den 17. bis 7 Uhr abgehalten. Die Teilnehmer wollen also pünktlich am kommenden Sonntag zur Stelle sein. Der Obmann.

Heide. Die verwehrteten Nachfahrer. An einem der letzten Sonntage fand hier das Gründungsfest des hiesigen Arbeiter-Nachfahrereins statt. Hierzu wurde die Erlaubnis zu einem Umgang nachgefordert und auch erteilt. Der Umgang wie das ganze Fest nahm einen vorzüglichen Verlauf. Ob nun die gute Haltung der Arbeiter-Nachfahrer dem hier stationierten Sicherheitsorgan unangenehm aufzufallen, wissen wir nicht. Jedenfalls machte er sich am Tage nach der Festlichkeit auf die Straße und erlaubte sich nach des Vereins Nam und Wrt. Welo dieser Tage eine, einen Umgang zu beantragen, seit man er behauptet, welches seine Mitglieder seien, sein Vorhaben um. Da dem Herrn aber die Genehmigung des Vorhabens schwer auf weiß vorgehalten werden konnte, mußte er bekümmert abziehen. Es war nämlich ein Verstum polstert. Am gleichen Tage hätte auch ein bürgerlicher Nachfahrer-Verein sein Verlangen abgeben. Dielem hätte man geklagt die Umgangsgenehmigung zu erteilen, müßte der Arbeiter-Nachfahrereins die Bestat. Das ist sehr fatal für Leute, die dafür zu sorgen haben, daß die Gleichheit vor dem Gesetz in die Zeit umgewandelt wird.

Wit diesen nachträglichen Reden geht der Herr Amtsrichter zum und nett ein, daß er in diesem Anlaß dem bürgerlichen Verein eine Umgangsgenehmigung erteilt, dem Arbeiterverein solche aber verweigert haben würde. Ist das wirklich eine Amtsausübung nach dem Grundlaß der Gleichheit vor dem Gesetz? Oder wird damit zugegeben, daß Arbeiter minderen Rechtes sind?

Wetzlar (Kr. Stierfeld). Achtung. Gemeindevorsteher Freitag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Volkshaus zur Erhellung eine öffentliche Gemeindevorsteher-Versammlung statt. Jeder in Wetzlar wohnende Bürger hat das Recht der Sitzung beizuwohnen.

Wand. Zur Familienstratgie. Die Frau Weidner, die nach einem häuslichen Streit ihren Mann mit einem Küchenmesser erschlug, ist nach Freispruch im Untersuchungsgefängnis verurteilt worden. Die Familie ist es aber nicht gelungen, gegen den Mann, da es angeblich seine Frau für den Unterhalt der Familie sorgen ließ. Es heißt noch nicht, ob es ihm gelungen ist, wie die Tat der unglücklichen Frau zu werten ist, ob sie den Mann nur hat verurteilen wollen oder überhaupt ohne Überlegung gehandelt hat.

Die Eheleute besitzen drei Kinder im Alter von 6, 4 und 2 Jahren. Die Leiche Weidners ist zur Beerdigung freigegeben.

Wagen. Eine öffentliche Versammlung findet am Sonntag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, zur guten Sache statt. Genosse Wollner aus Leipzig wird als Delegierter des Parteilaß in Waggberg Bericht erstatten. Jeder Parteigenosse muß es sich zur Pflicht machen, für guten Besuch der Versammlung zu agitieren.

Sangerhausen. Einen Giftmordversuch soll das hier bedienstete 15jährige Mädchen Hermann aus K. Leinungen vorgenommen haben. Am Sonntag habe sie, so wird berichtet, verurteilt, ihre Herrschaft, Buraucorwieser Brunnhaus hier, zu vergiften, indem sie in Kaffee und Vier Stenheit schüttete. Durch das trübliche Aussehen und die vielen Gerüche der Getränke wurde man noch rechtzeitig auf die Gefahr aufmerksam. Angeblich wollte sich das Mädchen, das bei Tat ausgeblieben und den Dienst zeitweise verlassen hatte, wegen der erteilten Vorhaltungen rächen. — Co die Ursachen der Tat richtig angegeben sind, entzieht sich unser Kenntnis.

Waldhof. Ein Nichtbildler-Vortrag über Auslauf und seine Geschichte wird am nächsten Sonntag hier vom Metallarbeiter-Verband veranstaltet. Näheres im Anleit.

Schmieberg. Expedient gesucht. Für 1. November wird ein Expedient des Postamtes gesucht. Resonanzen wollen ihre Absicht bei Herrn H. Köhler, Post-Schmieberg, niederlegen.

Allerlei.

Die Waldbrände in Amerika. Stellen sich als eine furchtbare Katastrophe dar, die unermesslichen Schaden verursacht hat. Man schätzt die Zahl der ums Leben gekommenen Menschen bis jetzt auf 800; 200 Tausend sind gekümmert, 5000 Personen sind obdachlos, 2000 Personen werden vermisst. Die Bevölkerung der von den Bränden betroffenen Gegend betrug 12.000. Eine mühsen sich 2000 Bewohner von Main River und 3000 Flüchtlinge dort bereithalten, zu fliehen, da die Flammen heranziehen. Schon waren mehrere Gebäude im Verlechte des Erdbebens verbrannt, als glücklicherweise der Wind umschlug, so daß westwärts die Flammen nicht mehr vorwärts schied. Das Vorgehen der näher kommenden Flammen waren in manchen Herden wieder Tiere, wie Kühen, Wölfe, Stiere, Wildkatzen etc., die von Angst vorangetrieben, zu hunderten dem Main River zuflüchten, in dem sie sich türkten, um am anderen Ufer zu landen, ihrer natürlichen Heimstätte vergebend, gemeinsam zu lagern. Flüchtlinge berieten erlöschende Vorfälle. Wäuter mit Kindern an der Brust fielen um und wurden ein Opfer der Flammen. Eltern, deren Kinder nicht mitkommen konnten, wurden samt ihrem von Feuer verzehrt. Ein Flüchtling namens Johnson lebte Frau und drei Kindern hand hundentlang bis an den Hals im Meereswasser, in dem er gelegentlich untertauchte. Infolgedessen wurde das Wasser so heiß, daß sie einen Nüchtern nach mochten, wurden, der auch gelang. Die Toten fielen man gewöhnlich bald verrotzt, jedenfalls mit abgelegener Kleidung. Warrod (Minnesota) ist überfüllt mit Flüchtlingen. Zahlreiche Verbrachte tauchen auf und berauben allenthalben die Flüchtlinge. Überall bewaffnet man sich; mit den Wäubern wird kurzer Prozeß gemacht.

Eine furchtbare Hetztragedie. spielte sich in Berlin ab. Ein Schladtermeister geriet wegen Gelddifferenzen mit seiner Frau in Streit, nach dessen Verlauf er forgorig. Als der Mann nach zwei Stunden zurückkehrte, fand er einen Sattel vor, auf dem ihm seine Frau mitteilte, daß sie mit ihren drei Kindern im Alter von 15, 12 und 11 Jahren in den Zoo ging. Letz wurden nun am Zeitomfanal in der Nähe des Garnisonlazarets vier Hute, das Jadedt der Frau und der ältesten Tochter sowie deren Eitelkeit gefunden, die der Obmann als Eigentum seiner Familie wieder erkannte. In dem einen Sattel befand sich eine halbenliterische Flüssigkeit und ein Sporenbuch über 10 Liter. Die Polizei hat jetzt den Kanal ab, um die Leichen bergen zu können.

Die Cholera in London. In London ist die asiatische Cholera ausgebrochen. Ein junger Mann nach nach achtstägiger Krankheit im königlichen freien Spital. Die bakteriologische Untersuchung ergab, daß es sich um cholera asiatica handelt.

Ein Mörder. Sagen, 11. Oktober. Einen Mordversuch verübte gestern abend im benachbarten Sahlingsbäulen ein Sahlingsweiger an seiner Dienstherrin, der Frau eines Brauereibesizers, indem er mit einem Revolver, dessen in die Hand erdrang und dort einen Schuß auf die Frau abgab. Die Frau wurde aber nur leicht an der Brust verletzt. Der Mann schoß dann auf ein Dienstmädchen, das durch einen Schuß in den Unterleib tödlich verletzt wurde. Ein Schuß auf ein zweites Mädchen verfehlte sein Ziel. Der Sahlingsweiger erschrak darauf die Flucht, verlor von Zivilpersonen und der herbeigekommenen Polizei. Auf der Straße gab er abermals mehrere Revolverschläge ab und verlegte einen alten Mann tödlich. Schließlich wurde er von Polizeibeamten und Gendarmen umringelt, die ihn aber erst festnehmen konnten, nachdem sie ihn durch Revolverschläge an Kopf und Beinen verletzt und dadurch kampfunfähig gemacht hatten.

Eine noble „Gerechtigkeit“. Der 12jährige Sohn des österreichischen Erzherzogs Leopold Salvaor warf einen durch das Zimmer gehenden Dienstmädchen einen bösen Schuß mit solcher Wucht in die Hände, daß das vorder ganz gesunde Mädchen viele Wochen schon in Spitalspflege ist. Die erzherzogliche Kammerverwaltung lebte die Entschuldigungsanträge des Mädchens ab, so daß der Vater jetzt einen Zivilprozeß gegen den damals auch anwesenden Erzherzog Er. Kaiserlichen und königlichen Hofes, des durchlauchtigen Beweises anstellten hat, der nach dem bürgerlichen Gesetzbuch für die Mitstaten eines ungenügend beauftragten Zeugnisses halten muß.

Kleines Mord. Das Weichen Kreisamt hat in einem Straf bis auf weiteres die Abhaltung von Biermärkten und Viehschauen wegen der Maul- und Klauenseuche verboten. Wie es heißt, soll das Verbot für familiäre Kreisämter und Weichen in Kraft treten. — Am Montag abend stürzte ein 71jähriger

Arbeiter in Berlin in einem mit losem Boden gefüllten Wehler und zog sich schwere Verletzungen des Rückens an. Bald nach seiner Überführung in das Spital ist der Verunglückte seinen Verletzungen erlegen. Der von 18 Jahren nach Angehörigen abgeleitete Gutachter erlief beim Überqueren des Spitalplatzes in Obermeier das mit zwei Vierden bespannte Fuhrwerk des Willems Holz aus Obermeier. Der Wagen wurde eine Strecke weit mitgeschleift und dann vollständig zertrümmert. Die auf dem Wagen sitzende Frau des Wehlers und der 14jährige Bruder wurden leichtverletzt, aber erlitten schwere Verletzungen, denen die Frau nach kurzer Zeit erlegen ist. Der Schrankewärter hatte die Schranken geöffnet, um den Wagen durchzulassen. — Von einem aus Kassel kommenden Personenzug sind gestern mittags auf Station Wörmitzhausen (Kreis Wetzlar) zwei Wägen im Alter von 20 und 20 Jahren Kreis zerfahren und auf der Stelle getötet.

Gewerkschafts-Kartell Halle.

Sitzung vom 7. Oktober 1910.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde dem Leiter zu sich verordneten Kartellbelegten der Brauer, Gen. Reichmann, seitens des Vorsitzenden ein kurzer Anlauf gewendet.

1. Eingänge und Mitteilungen: Vom Landratsamt ist ein Schreiben in Sachen der Errichtung eines Gewerbegerichts für den Saalkreis eingegangen. — Der Kreisdeputierte erlief am 10. Oktober ein Schreiben nach Halleschen Versammlung. — Brauer wird am 19. Oktober 1910, abends 8 1/2 Uhr, in den Hallischen von Herrn Professor Dr. Wenger ein Vortrag über Das Wesen der Arbeitervereine in der Geschichte über gehalten. — In einem Schreiben vom Bezirkssekretariat werden die Gewerkschaften erlief, mehr wie bisher sich an den Kartellen angeschlossen zu beteiligen. — Die Arbeitervereine des Thüringer Verbandes im Bund für National-Geographie empfehlen den Gewerkschaftsmitgliedern die Erlernung der Nationalgeographie; es sind ihnen zum Einzeichnen für diejenigen, welche an einem Interessierten Aufsuchen teilnehmen wollen bei den Gewerkschaftsvereinen, sowie im Arbeitersekretariat, ausgesetzt.

2. Abrechnung vom Gewerkschafts-Kartell in Ammerdorf. Der Kartellorganisator Kleis unterbreitet die Abrechnung vom Gewerkschafts-Kartell in Ammerdorf; es ergibt dieselbe eine Einnahme von Mk. 678,41 und eine Ausgabe von Mk. 668,41, jedoch ein Ueberschuß von Mk. 10,00 berichtet. Einem Interessierten Aufsuchen teilnehmen wollen bei den Gewerkschaftsvereinen zu ermöglichen, werden die Gewerkschaftsvereine gebeten, je einen Vertrauensmann zu wählen und die Adressen derselben im Arbeitersekretariat abzugeben.

3. Gewerkschaftsversammlung. Beschlüssen wird, am Donnerstag, den 13. Oktober 1910, eine Versammlung mit dem Thema Der Reichsverband zur Vertiefung der Sozialpolitik der Gewerkschaften in Halle zu halten.

4. Bericht vom Verbandstag der Gewerbevereine in Berlin. Genosse Arnold geht in ausführlicher Weise auf die Vorleserung und den Verbandstag selbst ein, dabei sämtliche Tagesordnungspunkte einer kurzen Besprechung unterziehend. Der Vorsitzende fügt dem hinzu, daß es bei der Wichtigkeit des Verbandstages durchaus sein Schaden gewesen wäre, wenn der Magistrat von Halle je einen Vertreter der Gewerbevereine und Arbeitervereine, sowie den Vorsitzenden des Gewerbegerichts nach Köln entsandt hätte. Notwendig ist ferner, daß alle Gewerbevereine die monatlichen Sitzungen bei gleicher Regelmäßigkeit besuchen.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß sich die Gewerkschaften der Brauer und Müller zu einer Organisation beschließen haben. — Als Revolver für den Kartell wird Genosse Günther gewählt. — Genosse Gaidinger weist auf den am Dienstag, den 11. Oktober, stattfindenden Rundabend hin. — Die Kupferindustrie beschwert sich über den Metallarbeiterverband, werden jedoch auf den Kartellabend zu lassen. — Genosse Reichmann wünscht, daß man der Arbeitsnachweisse mehr wie bisher Bedeutung schenke. — Von einer Seite wurde angeregt, sich in einer späteren Sitzung gang ausführlich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen.

Präsidentliche Annahme waren 71 Delegierte. Entschuldigter waren: Wandermann, am Brauereibesitzer, Schmidt, Bergarbeiter; Dörfer, Brauer; Köhler und Schleich, Fabrikarbeiter; Ding, Galvanisiergehilfen; Kiersmann, Holzarbeiter; Gelle, Holzwerker; Ende, Schneider; Jänike, Tapezierer; Jänike, Zimmerer; unentschuldigter sind die Delegierten Marquardt, Dachdecker; Kellner, Fabrikarbeiter; Kühne, Steinarbeiter.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

20 Vergleite verurteilt. Waringhausen (Sonneberg), 12. Oktober. Auf dem Rulzschafschacht des hiesigen königlichen Kohlenbergwerks wurden durch niedergehenden Stehlen etwa 20 Vergleite verurteilt. Die Verurteilten sind bis zur Stunde noch eingeschlossen. Ob jemand von ihnen verurteilt wurde oder sonst zu Schaden kam, läßt sich noch nicht feststellen, doch ist eine Verhängung durch Klagen möglich. Die Verurteilten haben Abstrahlungsmittel für eine Schicht, ferner ist Luftspülung vorhanden. Es wird jedoch kaum möglich sein, die Vergleite vor Ablauf des heutigen Tages zu retten.

Der französische Eisenbahnerstreik. Die streikenden Eisenbahner kämpfen für die Durchsetzung folgender Forderungen:

1. Wagem eine Lohnserhöhung, die der herrschenden Lebensmittelpreuerzeugung angemessen ist.
2. Soll das Pensionsgesetz vom 11. Juli 1909 zur durchwirkende Kraft erhalten.
3. Bessere Arbeitsverhältnisse.
4. Durchführung eines wöchentlichen Ruhetages.
5. Beste Anstellung mit einem Minimal-Jahresgehalt von 1850 Frank statt des Tageslohn.

Paris, 12. Oktober. Am heutigen Tage werden 29.000 Eisenbahnangehörige unter die Waffen gerufen werden. Es wird hierbei darauf hingewiesen, daß es sich nicht um eine Mobilisierung handelt. Die Streikenden haben zwei Wochen Zeit, dieser Aufforderung Folge zu leisten. Die Regierungs-

Hohen feiertagshalber werden unsere Verkaufsräume und Büros
Donnerstag den 13. Oktober
erst nachmittags um 5 Uhr
geöffnet.
U. L. A.
Halle a. S., Marktplatz 2 a. 3.



